

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

**Ausschuss für Verfassungs- und
Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung,
Verbraucherschutz, Antidiskriminierung**

teilweise Wortprotokoll
zu Kapitel 0601, Titel 68406

14. Sitzung
18. Oktober 2017

Beginn: 15.35 Uhr
Schluss: 19.49 Uhr
Vorsitz: Holger Krestel (FDP)

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Keine Wortmeldungen.

Punkt 2 der Tagesordnung

Verfahren gemäß § 44 Abs. 2 GO Abghs
**Beteiligung des Ausschusses an einem
verfassungsgerichtlichen Verfahren gemäß § 44 Abs.
2 GO Abghs
hier: Verfassungsbeschwerden beim
Bundesverfassungsgericht**
– 1 BvR 1675/16 –
– 1 BvR 745/17 –
– 1 BvR 981/17 –
– 1 BvR 836/17 –

[0066](#)
Recht

Vorsitzender Holger Krestel verweist darauf, dass dem Ausschuss die vertraulichen Unterlagen zu den Vorgängen übermittelt worden seien. In vier Verfassungsbeschwerden wendeten sich die Beschwerdeführer gegen die § 2 und § 5 des Rundfunkbeitragsstaatsvertrages. Der Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses habe mitgeteilt, dass er beabsichtige, in diesem Verfahren keine Stellungnahme abzugeben.

Der **Ausschuss** beschließt, sich dem beabsichtigten Vorhaben des Präsidenten anzuschließen, in den Verfahren keine Stellungnahme abzugeben.

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Vorlage – zur Beschlussfassung – [0061](#)
Drucksache 18/0500 [Recht](#)
Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von [Haupt\(f\)](#)
Berlin für die Haushaltsjahre 2018 und 2019
(Haushaltsgesetz 2018/2019 – HG 18/19)
- Hier: Einzelplan 06 (Sen JustVA) sowie Einzelplan**
12 Kapitel 1250: Maßnahmenengruppe 06 –
Hochbaumaßnahmen der Senatsverwaltung für
Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung
- Zweite Lesung –
- b) Sammelvorlage SenJustVA – I C 4 – 26.09.2017 [0061-01](#)
Rote Nummer 0886 [Recht](#)
Einzelplan 06 – Beantwortung der Berichtsaufträge
an den Senat zum Haushaltsplanentwurf 2018/2019 –
Einzelplan 06 sowie Einzelplan 12, Kapitel 1250,
MG 06
Haushaltsberatung 2018/2019 – Ausschuss Recht
Einzelplan 06

Vorsitzender Holger Krestel macht auf die in die Beratung einzubeziehende Sammelvorlage der Senatsverwaltung für Justiz, Sammelvorlage SenJustVA – I C 4 – 26.09.2017 – Rote Nummer 0886 –, und die Beantwortung der Berichtsaufträge des Ausschusses zu dem Haushaltsplanentwurf 2018/2019 zum Einzelplan 06 sowie zum Einzelplan 12, Kapitel 1250 aufmerksam. Der Senat habe in der Sammelvorlage eine Änderung vorgenommen; die ausgetauschte Seite 19 liege dem Ausschuss als Tischvorlage vor. Dem Ausschuss lägen ferner folgende Unterlagen vor: die Änderungsanträge der Fraktionen der SPD, der Fraktion Die Linke, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion der CDU, der Fraktion der FDP und der Fraktion der AfD sowie eine vom Ausschussbüro erstellte Synopse zu den Berichtsaufträgen und zurückgestellten Titeln, welche Arbeitsunterlage für die heutige Sitzung sei. Vor Behandlung der einzelnen Kapitel und Titel gebe es eine Generaldebatte.

Florian Dörstelmann (SPD) führt aus, eine funktionierende Justiz sei wie eine funktionierende Verwaltung unverzichtbarer Bestandteil und Voraussetzung für eine funktionierende Stadt. Die Koalition sei sich über die Notwendigkeit entsprechender Aufwüchse und Ansätze im Haushalt bereits bei Abschluss der Koalitionsvereinbarung bewusst gewesen und habe entsprechende Schwerpunkte gesetzt, die darauf zielten, die Schwierigkeiten und Herausforderungen adäquat für die Justiz sowie die Bediensteten und deren Arbeitsbedingungen umzusetzen. Die wachsende Stadt und andere Entwicklungen zwingen zu entsprechender personeller Vorsorge in diesen Bereichen. Es seien weit über 100 Neueinstellungen vorgesehen, davon

in einem erheblichen Umfang dringend benötigte Richter. So würden allein beim Verwaltungsgericht zwei Dutzend Richter zukünftig zusätzlich tätig. Davon seien nach seiner Kenntnis 16 neue geschaffene Stellen. Dies werde helfen, die große Anzahl von Verfahren zu bewältigen. Es sei Anspruch der Bürgerinnen und Bürger in der Rechtsdurchsetzung, dass dies in angemessener Zeit geschehe. Es sei aber auch ein eigener Wirtschaftsfaktor.

Beim Verbraucherschutz sei es wichtig, den Bürgern einen Ansprechpartner zu bieten, um sich über Fragen des allgemeinen Verbraucherschutzes zu informieren. Großen Raum nähmen die Energieschulden ein. Deshalb sollte die Verbraucherzentrale gezielt unterstützt werden, hier eine qualitativ hochwertige Beratung anzubieten.

Dr. Susanne Kitschun (SPD) ergänzt für den Bereich der Antidiskriminierung, dass die Landesantidiskriminierungsstelle mit diesem Doppelhaushalt gestärkt werde. Zum einen werde das Berliner Landesantidiskriminierungsgesetz erarbeitet werden und sei damit eine wesentliche Ergänzung zum Bundesantidiskriminierungsgesetz. Des Weiteren werde die Landeskonzeption Demokratie, Vielfalt und Respekt mit dem nächsten Doppelhaushalt weiter entwickelt. Hier gehe es darum, Demokratieförderung als Querschnittsaufgabe auf Basis der Menschenrechte noch weiter zu vereinen. Ferner werde die Projektförderung in allen wesentlichen Bereichen weiter ausgebaut: im Bereich der Demokratieförderung, im Queer- und LSBTI-Bereich, bei der Initiative sexuelle Vielfalt, Antidiskriminierung, in all diesen Bereichen, in denen die Stadt Berlin vor Herausforderungen stehe und Übergriffe zunähmen. Es werde auf eine Verstetigung und einen Ausbau der Projekte gesetzt. Wichtig sei, dass die Evaluation beispielsweise im Landesprogramm Demokratieförderung gegen Rechts, Rassismus und Antisemitismus vorgezogen werde.

Sven Rissmann (CDU) bemerkt, der hier vorgelegte Haushalt verdiene in keiner Weise den Namen Justizhaushalt. Er sei nahezu ausschließlich in seiner Schwerpunktsetzung ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für grüne Klientelpolitik. Der Vorsitzende der Vereinigung der Berliner Staatsanwälte habe gestern im „rbb“ gesagt, dass der Justizsenator Behrendt für die Justiz bislang denkbar wenig getan habe. Er wage die These, dass es ähnliche Zitate auch von Vertretern der Amtsanwälte, von Vertretern der Richterschaft, von Vertretern der Strafvollzugsbediensteten, vom Beamtenbund geben könnte. Die Koalition gönne sich den Luxus, es zuzulassen, dass ein grüner Senator, der in den letzten zehn Jahren als Abgeordneter gezeigt habe, dass ihn Strafverfolgung nicht interessiere, den Justizhaushalt missbrauche, um grüne Traumtänzereien zu etatisieren und damit aus seiner Sicht Steuergelder brutal zu verschwenden. Ganz konkret werde eine Fantasiebehörde, die Antidiskriminierungsbehörde, aufgebaut. Es würden immense Personalmittel etatisiert. Es gehe dabei nicht um einzelne, möglicherweise sinnvolle Projekte, sondern um die Installation eines Apparates, während gleichzeitig notwendige Mittel für Strafverfolgung, Strafvollzug und Strafvollstreckung sträflich vernachlässigt würden. Dies sei eine falsche Schwerpunktsetzung, über die politisch gestritten und die deutlich gemacht werden müsse.

Auch mache er darauf aufmerksam, dass in den vergangenen Jahren versucht worden sei, seriöse Ansätze der Änderungsanträge zu wählen, indem jeder Vorschlag gegenfinanziert gewesen sei. Bemerkenswert sei, dass es den Koalitionsfraktionen in beeindruckenden Umfang gelungen sei, noch Mittel streichen zu können, um eigene Projekte an anderer Stelle finanzieren zu können. Bei einigen Punkten werde seine Fraktion zustimmen können, weil an richti-

gen Stellen Geldverschwendung gestrichen würde. Leider werde das Geld dann nicht immer richtig eingesetzt.

Auch werde den Änderungsanträgen der Fraktion der FDP und der Fraktion der AfD nicht immer zugestimmt werden können, weil seine Fraktion den Anspruch habe, zusätzliche Mittel aus diesem Einzelplan gegenzufinanzieren. An Stellen, insbesondere die Stellenzahl bei Richtern, Staatsanwälten und Amtsanwälten insgesamt betreffend, im Strafvollzug und bei dem personellen Unterbau der Gerichte und Strafverfolgungsbehörden seien wie bei den Fragen des baulichen Zustandes der Gerichts- und Justizgebäude insgesamt Maßnahmen aus dem Einzelplan heraus nicht immer finanzierbar. Darum werde es dort auch im Hauptausschuss von seiner Fraktion Initiativen geben, die den Gesamthaushalt dafür im Blick hätten. Seine Fraktion betrachte den Justizhaushalt nicht nach ideologischen Maßstäben, sondern begreife diesen als die Erledigung des Notwendigen. Dies sollte sich an objektiven Kriterien orientieren und bedeute das Funktionieren einer Strafverfolgung. Seine Fraktion fordere eine deutliche Verstärkung der Staats- und Anwaltschaft, nicht nur aufgrund aktueller Berichterstattung, sondern insgesamt wegen der langen Verfahrensdauern. Es würden Vorschläge unterbreitet, wie durch Zulagen Mitarbeitern gegenüber Anerkennung formuliert werden könne und auch nicht erklärbare Ungleichbehandlungen innerhalb der Mitarbeiterschaft ausgeglichen werden könnten, in dem Zulagen breiter gewährt würden. Dies gelte auch für die dringend nötige Ausstattung im Bereich des Justizwachtmeisterwesens und bei den Strafverfolgungsbehörden, Stichwort: schusssichere Westen.

Bezüglich der Drogenproblematik habe der Justizsenator offenbar ein eigenartiges Verhältnis zur Drogenpolitik. So sei seine Anfrage über Auffindungen von illegalen Betäubungsmitteln in den Strafanstalten inzwischen zum dritten Mal korrigiert worden. Dies zeige, dass wenig Interesse und wenig Sorgfalt vorhanden sei und in dem Bereich auch kein Schwerpunkt gesehen werde. Dabei sei die Anzahl der drogenkranken Menschen in den Strafanstalten alarmierend. Dieser Zustand werde weiterperpetuiert, weil aus kleinlich ideologischen Gründen die Weigerung bestehe, neue Wege in der Bekämpfung der Drogenkriminalität in den Strafanstalten zu gehen. Der in der letzten Legislaturperiode vorgeschlagene Einsatz von Drogenspürhunden sei von Justizsenator Behrendt ohne vernünftige Alternative zurückgenommen worden. Auch die Ausweitung der Mobilfunkunterdrückung werde aus ideologischen Gründen klein gehalten. Es bestehe Einigkeit mit dem Kollegen Dörstelmann, die Verwaltungsgerichte unterstützen zu müssen. Die unerwarteten Entwicklungen seit dem Sommer 2015 führten dazu, dass Verwaltung und Justiz in Teilen lahmgelegt worden seien und dass rechtsstaatliche Verfahren auch in Bezug auf Asyl sowie aufenthaltsrechtliche und ausländerrechtliche Angelegenheiten nicht mehr in dem notwendigen Maße abliefen. Es sei ein Totalversagen von Rot-Rot-Grün. Auch wenn Abschiebungen im Innenressort zu behandeln seien, müssten hier die Verwaltungsgerichte so ertüchtigt werden, dass der Rechtsschutz, der den Menschen zustehe, gewährt werden könne.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) erwidert, offenbar sei nicht zur Kenntnis genommen worden, dass Rot-Rot-Grün mit diesem ersten Haushalt den größten Stellenaufwuchs seit der Wende im Justizbereich vorlege. Dies hätten Herr Heilmann und andere ehemalige CDU-Justizsenatoren nicht geschafft. In der Generalstaatsanwaltschaft, Staatsanwaltschaft und Amtsanwaltschaft seien 43 neue Stellen vorgesehen. In der Ordentlichen Gerichtsbarkeit seien zusätzliche 41 Richterinnen und Richter vorgesehen sowie 130 Beamte im Bereich der ordentlichen Gerichtsbarkeit. Bei der Verwaltungsgerichtsbarkeit werde auf die gestiegenen

Tätigkeitsbedürfnisse mit 29 Richter- und 20 Beamtenstellen reagiert. Die Koalition nehme insgesamt natürlich auch im Justizbereich eine Gehaltsanpassung vor. Es werde hoffentlich bis zum Ende der Wahlperiode möglich sein, die Lücke zum Bundesdurchschnitt zu schließen. Insofern sei dieser Haushalt ein deutliches Stärkungssignal im Justizbereich.

Digitalisierung in der Justiz sei ein wichtiges Thema. Mit SIWANA werde ein erheblicher Schwerpunkt gesetzt. Dort wurden insbesondere die großen Anstrengungen, die in der ordentlichen Gerichtsbarkeit anstünden, angepackt. Mit diesem Einzelplan würden aber auch ganz konkrete kleine und unmittelbar spürbare Verbesserungen beispielsweise durch das Einrichten von zwei digitalen Gerichtssälen in Lichtenberg und in Mitte erreicht. Auch im Projektbereich werde auf Entwicklungen reagiert. So werde das Programm Arbeit statt Strafe aufgestockt. Rund 10 Prozent der Haftplätze in Berlin würden durch Leute belegt, die uneinbringliche Geldstrafen als Ersatzfreiheitsstrafe verbüßen müssten. Auch der neue CDU-Justizminister habe vorgeschlagen, die Ersatzfreiheitsstrafe insgesamt infrage zu stellen, zumindest aber für den Bereich der sogenannten Erschleichung von Leistungen, der Schwarzfahrerproblematik, die einen erheblichen Anteil ausmache.

Mit der niedrigschwelligen Beratung für Angehörige von Inhaftierten setze die Koalition einen weiteren Schwerpunkt. Wichtig sei die Energieschuldenberatung. In 2016 habe es 17 800 Haushalte in Berlin mit durchschnittlich 32 Tagen ohne Strom gegeben. Allein von 2015 auf 2016 habe es ein Anstieg von 15 Prozent bei den Stromsperrungen gegeben. Mit der Energieschuldenberatungsstelle solle diesem nicht hinnehmbaren Zustand in einer der reichsten Industrienationen Abhilfe geschaffen werden. Die Arbeit werde evaluiert und bei Bedarf eventuell mit einem nächsten Haushalt ausgeweitet. Auch im Tierschutzbereich werde es ein deutliches Unterstützungssignal für die wertvolle Arbeit des Tierheims in Lichtenberg geben und ein finanzieller Zuschuss gewährt, um die wichtige Arbeit dort weiterhin zu unterstützen. Die Koalitionsfraktionen hätten nicht nur geschaut, an welchen Stellen der gute vorgelegte Entwurf der Verwaltung qualifiziert werden könne, sondern den Blick auch auf die Haushaltskontrolle gelegt. So werde bei dem anstehenden Umzug des Landeslabors ganz genau betrachtet, ob die bisherigen Planungen für den Umzug auf vernünftigen Kostenschätzungen und auf vernünftig eingeholten Angeboten beruhten. Es werde ein Sperrvermerk vorgesehen und im Haushaltsvollzug darauf geachtet, dass hier mit Steuergeldern sehr effizient und zielgerichtet umgegangen werde.

Canan Bayram (GRÜNE) merkt an, die Aussagen des Abg. Rissmann wunderten. Der Redebeitrag sei mit nichts zu belegen. Es habe seit 25 Jahren keinen vergleichbaren Personalaufwuchs gegeben. Sie könne nicht nachvollziehen, wie Abg. Rissmann auf diese Zahlen gekommen sei und wundere sich, dass die CDU seriöse Debatten im Rechtsausschuss aufgegeben habe. Ihre Fraktion sei der Ansicht, dass Gerechtigkeit und Rechtsstaat auch und gerade eine soziale Frage seien, die sich diese Koalition zum Ziel gesetzt habe. Der Koalition sei wichtig, dass jeder zu seinem Recht komme und Gerechtigkeit gestärkt werde. Dies werde durch eine gute personelle Ausstattung sowie der sachlichen Ressourcen der Institutionen erreicht. Sie hoffe, dass die CDU ihre Kraft dafür einsetze, um auf Bundesebene für eine Unterstützung hinsichtlich der Gebäude beizutragen. Sie glaube, dass die Digitalisierung, die für die Justiz eine der größten Herausforderungen darstelle, nicht allein aus Berliner Landesmitteln werde realisiert werden können. Insbesondere werde es erforderlich sein, von der Bundesebene Unterstützung zu bekommen, auch mit Blick darauf, dass es möglichst ähnliche Standards in allen Bundesländern geben müsse.

Bei dem Hinweis auf die Verwaltungsgerichte im Bereich Asyl müsse beachtet werden, wer das Bundesamt für Migration und Flucht verantwortete. Welcher Bundesinnenminister habe zu verantworten, dass diese Behörde all die falsche Entscheidung treffe, die dann von den Gerichten korrigiert werden müssten?

Dr. Turgut Altug (GRÜNE) stellt zum Verbraucherschutzhaushalt fest, dass die Verwaltung einen guten Haushaltsentwurf vorgelegt habe. Der Bereich des Verbraucherschutzes sei ein wichtiges Anliegen. Mit Rot-Rot-Grün könnten die wichtigen Themen finanziert werden. Unter anderem solle der Anteil von Bio-, Vegan- und vegetarischem Essen in öffentlichen Kantinen erhöht werden, wie es in anderen europäischen Ländern und Städten üblich sei. Der aufsuchende Verbraucherschutz solle insbesondere für Migranten, Senioren und Jugendliche gestärkt werden. Die Zivilgesellschaft solle gestärkt werden, die täglich in dieser Stadt ehrenamtlich arbeite. Auch Bienen und Imker sollten mehr geschützt werden. Die bezirklichen Veterinär- und Lebensmittelaufsichtsämter sollten personell aufgestockt werden. Er bitte alle Bezirke darum, davon Gebrauch zu machen. Auch solle eine Ernährungsstrategie erarbeitet werden, weil die Lebensmittelwirtschaft in dieser Stadt boome. In diesem Bereich solle die Zusammenarbeit zwischen Berlin-Brandenburg gestärkt werden. Er sei zuversichtlich, dass das Landeslabor Berlin funktionieren werde.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) ergänzt, ihm persönlich liege die Energieschuldenberatung sehr am Herzen. Hinsichtlich des Tierschutzes gebe es eine positive Entwicklung. Die Sachmittel seien vervielfacht worden. Erstmals erhalte das Tierheim auch Geld aus dem Haushalt. Auch andere Projekte, wie beispielsweise die Berliner Tiertafel, seien etatisiert worden.

Sebastian Walter (GRÜNE) merkt an, erklärter Wille der Koalition sei eine Kultur der Wertschätzung und die Förderung gesellschaftlicher Vielfalt. Diskriminierung in allen Formen und in allen gesellschaftlichen Bereichen sollte abgebaut werden, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sollte zurückgedrängt werden. Insgesamt sollte die Demokratie gestärkt werden. Der Wille bilde sich mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf ab. Wichtige Projekte würden auf den Weg gebracht. Die Landesantidiskriminierungsstelle werde gestärkt. Lang bewährte Projekte würden ausgebaut. Die Initiative sexuelle Vielfalt werde gestärkt. Das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus werde ebenfalls stärker gefördert. Ein Schwerpunkt sei der stärkere Ausbau der Bekämpfung des Antisemitismus. Zum Vorwurf des Abg. Rissmann, es handele sich um Traumtänzerien, verweise er auf den Antrag der CDU im Integrationssausschuss für die Einrichtung eines Antisemitismusbeauftragten. Richtig sei, die Verstärkung dieses Bereichs in diesem Haushalt.

Marc Vallendar (AfD) konstatiert, dem Haushalt fehle eine Schwerpunktsetzung. Es sei zwar zugestanden, dass auch in den vergangenen Legislaturperioden unter der SPD und CDU wenig im Justizbereich getan worden sei, die neue Koalition mache aber nichts anderes. Die Staatsanwaltschaften seien personell immer noch nicht ausreichend ausgestattet und immer noch die am schlechtesten bezahlte Staatsanwaltschaft in Deutschland. Von den neu hinzukommenden Stellen müssten diejenigen abgezogen werden, die bis 2020/2021 altersbedingt aus dem System wieder ausschieden. Die weiter zunehmende Zahl von eingestellten Verfahren, Wirtschaftsverfahren und auch Drogenverfahren, könne nur damit erklärt werden, dass dem Legalitätsprinzip, für das die Staatsanwaltschaft einzustehen habe, nicht mehr vollumfänglich nachgekommen werde. Es sei eine Erosion des Rechtsstaates. Problematisch sei die Förderung privater Vereine. Es gebe eine massive Erhöhung. Er vermute, dass das Erstarren

der AfD zu dieser massiven Erhöhung geführt habe. Es gehe hier um den Kampf gegen Rechts, um die Frage, wie staatliche Steuergelder für den privaten Meinungswahlkampf umgeleitet werden könnten. Die Auswahl der Vereine sei vollkommen willkürlich erfolgt. Gerade in diesem Bereich sollte Transparenz geschaffen werden. Ein einziges dieser Projekte bekomme so viel Geld, wie der gesamte Tierschutz in Berlin zusammen. Zudem rühme sich die Koalition, Probleme abzuschaffen, indem beim Verbraucherschutz Schuldenberatungen für Menschen angeboten würden, die ihre Stromrechnung nicht mehr bezahlen könnten. Dabei habe die Regierung das Problem mit einer völlig verkorksten Energiewende selbst verursacht, die die Strompreise steigen lasse. Auch bei den Asylverfahren seien es selbst verursachte Probleme. Die Verwaltungsgerichte seien trotz kritischer Erfolgsaussichten mit Asylverfahren überlastet; es gebe hinreichende Statistiken. Dabei sei die hohe Belastung der offenen Grenzpolitik geschuldet. Seine Fraktion könne dem Haushalt in der Form nicht zustimmen.

Marcel Luthe (FDP) bemerkt, die durchaus positiven Ausführungen von einer funktionierenden Stadt fänden sich als Priorisierung nicht in den Änderungsanträgen wieder. Es gebe keine funktionierende Justiz in der Stadt, was der Oberstaatsanwalt Knispel bestätigt habe. Die Zustände hätten im Jahr 2001 unter Rot-Grün mit der Aussage begonnen, es müsse gespart werden, bis es quietsche. Dieses Quietschen sei täglich in der Justiz und bei der Polizei hörbar und kontinuierlich als Defizit über viele Jahre angewachsen. Dabei sei es aber notwendig, eine funktionierende Justiz zu haben. Dafür sei es aber auch notwendig, die aufgestauten Defizite der Vergangenheit abzubauen. Es sei begonnen worden, mit dem Entwurf in die richtige Richtung zu gehen. Er könne aber nicht verstehen, warum auf halbem Wege gestoppt werde. In der letzten Legislaturperiode habe es 15 Prozent mehr Straftaten gegeben, im Ergebnis gebe es ein um 15 Prozent höheres Fallaufkommen. Dafür habe es immerhin zwei zusätzliche Staatsanwälte gegeben. Es gebe keinen einzigen Amtsanwalt zusätzlich, obwohl die Anwaltschaft 60 Prozent der Verfahren in Berlin erledige. Es wäre daher naheliegend, um die Lücke nicht noch größer werden zu lassen, auch entsprechend die Zahl der Staatsanwälte und der Amtsanwälte um etwa diese 15 Prozent anzuheben. Dies werde auch mit den Änderungsanträgen seiner Fraktion dringend angeregt. Es hätten sich nicht nur die Verfahrenseinstellungen nach § 153a stopp verdoppelt, weil es die Kapazitäten für die Anklage nicht mehr gegeben habe, sondern habe auch ein 50-prozentiges Wachstum der Einstellung nach § 170 StPO gegeben. Diese Probleme bestünden mit dem unvollständigen Entwurf weiter. Deswegen sei es aus Sicht seiner Fraktion zwingend erforderlich, die 25 weiteren Staatsanwälte einzustellen und zehn Stellen bei der Anwaltschaft im Bereich der Anwaltschaft zu schaffen. Um das zu erreichen, sei es notwendig, eine gewisse Verschiebung einzelplanübergreifend vorzunehmen. Die Forderung einer einzelplanbezogenen Gegenfinanzierung zeige, dass eine Haushaltsnotwendigkeit in den Bereichen Inneres und Justiz nicht gesehen werde.

Insofern verwundere, dass die CDU die Amtsanwälte und Justizwachtmeister, die fünf Jahre lang in keiner Weise bedacht worden seien, jetzt entdeckt worden seien und Änderungsvorschläge vorgetragen würden. Der gesamte Kostenblock des Abschiebegewahrsams sei seinerzeit mit acht Millionen Euro angegeben worden, nicht 12 Millionen Euro bis 15 Millionen Euro. Mietkosten seien gar nicht eingespart worden, weil Vermieter das Land Berlin sei. Auch die Mitarbeiter seien nicht eingespart worden. Erreicht worden sei mit der damaligen Abschaffung, dass es jetzt gar keinen Abschiebegewahrsam wegen der baulichen Situation an anderer Stelle gebe. Dementsprechend habe ganz Ostdeutschland derzeit keinen Abschiebegewahrsam. Bei Betrachtung, dass es sehr wohl den einen oder anderen prominenten voll-

ziehbar Ausreisepflichtigen gebe, der nicht in Abschiebegewahrsam gesessen habe, weil sich Berlin nicht darum gekümmert habe, ergebe sich ein immenses Defizit.

Seine Fraktion begrüße, dass die Koalition erstmalig das Berliner Tierheim entdeckt habe. Das Thema Tierschutz sollte aber nicht nur bei der Frage des Tierheims aufhören. Bei der Schwerpunktsetzung der aktuellen Regierungskoalition gehe es aber auch um Fragen wie beispielsweise Hundeauslaufgebieten, die eingeschränkt würden. Zum Thema Antisemitismus wundere die Chuzpe der CDU, die mit zu verantworten gehabt habe, dass die Mittel der jüdischen Gemeinde ab dem Jahr 2012 nicht mehr für Öffentlichkeits- und kulturelle Arbeit hätten verwendet werden können, sondern für Sicherheit hätten umgeschichtet werden müssen, weil die Gemeinde die Mittel, die für Sicherheit erforderlich gewesen seien, unter deren Verantwortung nicht erhalten habe. Dass jetzt die Lösung darin liegen solle, den Zusammenhalt der jüdischen Gemeinde dahingehend zu schwächen, einen externen Antisemitismusbeauftragten zu schaffen, statt erst einmal dafür zu sorgen, dass die Gemeinde wieder die Mittel erhalte, um die kulturelle Arbeit durchzuführen und damit eines deutlich zu machen, dass jüdisches Leben zu dieser Stadt gehöre, was selbstverständlich sei, werde verträumt.

Vorsitzender Holger Krestel stellt für den Ausschuss den Abschluss der Generaldebatte fest.

Einzelplan 06 – Justiz und Verbraucherschutz
kapitelübergreifend
titelübergreifend

Frage Nr. 1, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Bericht Seite 1-3

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0600 – Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung – Politisch-Administrativer Bereich und Service –

bis

Kapitel 0691 – Soziale Dienste der Justiz – Gerichtshilfe und Bewährungshilfe – jeweils Titel 51140 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände –

Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

b) Auflagenbeschluss:

Im Rahmen des Gesundheitsmanagements soll die Justizverwaltung die Ausstattung aller Gerichte mit ergonomischem Mobiliar zur Unterstützung bei der Einführung der elektronischen Akte berücksichtigen. Bis 2021 sollen alle Standorte ausgestattet sein. Eine entsprechende Planung ist zu erstellen und Beschaffungen vorzunehmen. Dem Abgeordnetenhaus ist jährlich oder bis zum erfolgreichen Abschluss des Vorhabens zu berichten.

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag anzunehmen.

**kapitelübergreifend
titelübergreifend**

Frage Nr. 2, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Bericht Seite 4

Keine Wortmeldungen.

**Einzelplan 06
Ausgaben**

Frage Nr. 3, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Bericht Seite 5 - 6

Keine Wortmeldungen.

**kapitelübergreifend
Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten –
Titel 42202 – Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen –
Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten –**

Frage Nr. 4, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Bericht Seite 7 - 10

Keine Wortmeldungen.

**Kapitel 0600 – Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskrimi-
nierung – Politisch–Administrativer Bereich und Service –
diverse Titel**

Frage Nr. 5, Fraktion der CDU, Bericht Seite 11 - 12

Keine Wortmeldungen.

**diverse Kapitel
diverse Titel**

Frage Nr. 6, Fraktion der CDU, Bericht Seite 13 - 15

Keine Wortmeldungen.

Frage Nr. 7, Fraktion der CDU, Bericht Seite 16 - 18

Keine Wortmeldungen.

Frage Nr. 8, Fraktion der CDU, Bericht Seite 19

Keine Wortmeldungen.

Frage Nr. 9, Fraktion der CDU, Bericht Seite 20 - 22

Sven Rissmann (CDU) stellt fest, dass es eine Diskrepanz zwischen dem abgefragten Sanierungsbedarf und den dafür zur Verfügung gestellten Mitteln gebe. Im Verhältnis ergäben sich daraus 25 Jahre, bis der Sanierungsstau beseitigt sei. Sei dies tatsächlich so gewollt? Solle kurz- oder mittelfristig ein stärkerer Abbau des Sanierungsstaus vorgenommen werden?

Senator Dr. Dirk Behrendt (SenJustVA) bemerkt, er habe bei Amtsantritt keinen Plan seines Vorgängers gefunden, diesen Sanierungsbedarf – 124 Millionen Euro bei den Gerichten und Strafverfolgungsbehörden, 278 Millionen Euro bei den Justizvollzugsanstalten – abzubauen. Die Koalition beginne mit dem Abbau des Staus. Es gebe intensive Bemühungen, im Rahmen von SIWANA stärkere Sanierungsförderung zu erhalten. Auch gebe es intensive Bemühungen, den Instandsetzungsanteil zu erhöhen, sodass die BIM über diese fiktiven Mieten einen höheren Anteil habe, um Instandsetzungsmaßnahmen durchführen zu können.

Karsten Woldeit (AfD) fragt nach, ob die Justizverwaltung bezüglich der SIWANA-Mittel bereits mit der Innenverwaltung in Verbindung getreten sei.

Senator Dr. Dirk Behrendt (SenJustVA) erklärt, er führe regelmäßig Gespräche mit dem Kollegen Geisel. Die SIWANA-Mittel würden jedoch von der Senatsverwaltung für Finanzen verwaltet. Bereits zu Beginn des Jahres habe es Verhandlungen gegeben. Die Justizverwaltung habe auch Mittel für eine verbesserte IT-Ausstattung und den Sanierungsrückstau für die in Moabit zusätzlich zu errichtenden Sicherheitssäle erhalten. Zum Jahresende werde die nächste Tranche der SIWANA-Mittel verteilt. Auch hier sei er im Gespräch mit der Finanzverwaltung.

Frage Nr. 10, Fraktion der CDU, Bericht Seite 23 - 25

Keine Wortmeldungen.

Frage Nr. 11, Fraktion der CDU, Bericht Seite 26 - 27

Keine Wortmeldungen.

diverse Kapitel
Kapitel 0600 – Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung – Politisch-Administrativer Bereich und Service –
bis
Kapitel 0691 – Soziale Dienste der Justiz – Gerichtshilfe und Bewährungshilfe –

Frage Nr. 12, Fraktion der CDU, Bericht Seite 28 - 29

Keine Wortmeldungen.

diverse Kapitel
diverse Titel

Frage Nr. 13, Fraktion der CDU, Bericht Seite 30

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0661-0672 (JVA)

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten –

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten –

Titel 42811 – Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten –

Änderungsantrag Nr. 4, Fraktion der CDU

Ansatz 2018 0 Euro + 1 300 000 Euro

Ansatz 2019 0 Euro + 1 300 000 Euro

a) Begründung zum Änderungsantrag

Anhebung der Erschwerniszulage (Dienst zu ungünstigen Zeiten) auf den Bundesdurchschnitt; Ansatz errechnet sich ausgehend von 5 Nachtschichten und je einem Dienst an Samstag und Sonntag im Monat bei rund 2.900 Anspruchsberechtigten und Berücksichtigung der Differenz zwischen Berliner Niveau und dem Bundesdurchschnitt

gegenfinanziert über Änderungsantrag Nr. 32 und 30

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag abzulehnen.

diverse Kapitel
diverse Titel

Frage Nr. 14, Fraktion der CDU, Bericht Seite 31 - 32

Sven Rissmann (CDU) verweist auf die Beantwortung, wonach angedacht sei, nunmehr in allen Anstalten eine Grundausrüstung in der Schutzausrüstung zu erreichen. Was werde unter Grundausrüstung verstanden? Welche Gegenstände seien in welchem Umfang damit gemeint? Welche Kosten entstünden? Nach welchen Kriterien erhalte welche Anstalt welche Grundausrüstung?

Senator Dr. Dirk Behrendt (SenJustVA) verweist auf die tabellarische Darstellung der Beantwortung mit entsprechender Erläuterung. Für die Bediensteten in den Justizvollzugsanstalten seien Handschuhe, Westen, Schutzanzüge, Schilde und Helme geplant. Nicht jeder Bedienstete werde die Grundausrüstung erhalten. Die anderen erhielten das, was sie benötigten.

Sven Rissmann (CDU) wirft ein, dass es hier um die Grundausrüstung für jede Anstalt gehe: Was sei mit Grundausrüstung gemeint? Erhalte diese jeder, der zum allgemeinen Vollzugsdienst gehöre? Sei dies gleichmäßig nach einheitlichen Kriterien auf die Anstalten verteilt?

Vorsitzender Holger Krestel erklärt, dass im Moment diese besondere Schutzausrüstung, die in besonderen Lagen verwandt werde, durch die dort im Einsatz befindlichen Bediensteten verwendet würde. Aktuell seien diese nicht in großer Stückzahl vorhanden. Er wurde erwarten, dass diese in höherer Stückzahl und modernerer Form vorhanden seien.

Senator Dr. Dirk Behrendt (SenJustVA) erklärt, dass die Sachen in den letzten Jahren neu gekauft worden seien. Alle Bediensteten seien mit schnittfesten Handschuhen ausgestattet worden. Die anderen Sachen seien in den einzelnen Anstalten in ausreichender Zahl vorrätig. Wenn es bei entsprechenden Lagen erforderlich sei, seien die aufgeführten Gegenstände in ausreichender Anzahl für die Bediensteten vorrätig.

diverse Kapitel

Titel 51403 – Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen –

Frage Nr. 15, Fraktion der CDU, Bericht Seite 33 - 34

Keine Wortmeldungen.

kapitelübergreifend

Frage (neu), Fraktion der FDP, Bericht Seite 356

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0600 – Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung – Politisch-Administrativer Bereich und Service –

Titel neu

Sicherheitsausrüstung für Justizwachtmeister

Änderungsantrag Nr. 10, Fraktion der FDP

Ansatz 2018 Etatisierung nicht erfolgt + 30 000 Euro

a) Begründung zum Änderungsantrag

Die steigende Gefahrenlage und die Erhöhung der Anzahl der Gerichtsverfahren führt dazu, dass es unabdingbar ist allen Justizwachtmeistern entsprechende Sicherheitsausrüstung zur Verfügung zu stellen. Pro „Justizwachtmeister“ werden hierbei pauschal 2 500 Euro veranschlagt. Der Erwerb soll im Jahr 2018 erfolgen.

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag abzulehnen.

diverse Kapitel

Titel 51403 – Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen –

Frage Nr. 16, Fraktion der CDU, Bericht Seite 33 - 34

Keine Wortmeldungen.

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten –

Frage Nr. 17, Fraktion der CDU, Bericht Seite 35 - 36

Keine Wortmeldungen.

Titel 42260 – Bezüge der Beamtinnen/Beamten für Maßnahmen im Rahmen des Wissenstransfers –

Titel 42760 – Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter im Rahmen des Wissenstransfers –

Titel 42860 – Entgelte für Tarifbeschäftigte für Maßnahmen im Rahmen des Wissenstransfers –

Frage Nr. 18, Fraktion der CDU, Bericht Seite 37 - 38

Keine Wortmeldungen.

Titel 42260 – Bezüge der Beamtinnen/Beamten für Maßnahmen im Rahmen des Wissenstransfers –

Frage Nr. 19, Fraktion der FDP, Bericht Seite 37 - 38

Keine Wortmeldungen.

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten –

Frage Nr. 20, Fraktion der CDU, Bericht Seite 39

Keine Wortmeldungen.

Änderungsantrag Nr. 34, Fraktion der CDU

Ansatz 2018	158 000 Euro	- 100 000 Euro
Ansatz 2019	161 000 Euro	- 100 000 Euro

IST-Anpassung 2016/2017

Gegenfinanzierung zu Änderungsantrag Nr. 29

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag abzulehnen.

Titel 42860 – Entgelte für Tarifbeschäftigte für Maßnahmen im Rahmen des Wissenstransfers –

Frage Nr. 21, Fraktion der FDP, Bericht Seite 37 - 38

Keine Wortmeldungen.

**Kapitel 0600 – Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung – Politisch-Administrativer Bereich und Service – diverse Kapitel
Titel 44100 – Beihilfen für Dienstkräfte –**

Frage Nr. 22, Fraktion der CDU, Bericht Seite 40

Keine Wortmeldungen.

**Kapitel 0600 – Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung – Politisch-Administrativer Bereich und Service –
Titel 45903 – Prämien für besondere Leistungen –**

Frage Nr. 23, Fraktion der CDU, Bericht Seite 41

Keine Wortmeldungen.

Frage Nr. 24, Fraktion der AfD, Bericht Seite 42

Keine Wortmeldungen.

Titel 46201 – Pauschale Minderausgaben für Personalausgaben –

Frage Nr. 25, Fraktion der AfD, Bericht Seite 43

Keine Wortmeldungen.

Titel 51101 – Geschäftsbedarf –

Frage Nr. 26, Fraktion der CDU, Bericht Seite 44 - 45

Keine Wortmeldungen.

Frage Nr. 27, Fraktion der FDP, Bericht Seite 44 - 45

Keine Wortmeldungen.

Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2018: 327 000 Euro +/-0 Euro
Ansatz 2019: 327 000 Euro -8 000 Euro

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag anzunehmen.

Kapitel 0600 – Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung – Politisch-Administrativer Bereich und Service –
Kapitel 0691 – Soziale Dienste der Justiz – Gerichtshilfe und Bewährungshilfe –
Titel 51715 – Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements –

Frage Nr. 28, Fraktion der CDU, Bericht Seite 46 - 47

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0600 – Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung – Politisch-Administrativer Bereich und Service –
diverse Kapitel
Titel 51802 – Mieten für Fahrzeuge –

Frage Nr. 29, Fraktion der CDU, Bericht Seite 48

Keine Wortmeldungen.

Titel 51925 – Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements
diverse Titel

Frage Nr. 30, Fraktion der CDU, Bericht Seite 49 - 50

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0600 – Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung – Politisch-Administrativer Bereich und Service –
Titel 52501 – Aus- und Fortbildung –

Frage Nr. 31, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Bericht Seite 50

Keine Wortmeldungen.

Titel 52610 – Gutachten –

Frage Nr. 32, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Bericht Seite 52 bis 53

Keine Wortmeldungen.

Frage Nr. 33, Fraktion der CDU, Bericht Seite 52 - 53

Keine Wortmeldungen.

Änderungsantrag Nr. 3 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2018: 195 000 Euro	-25 000 Euro
Ansatz 2019: 170 000 Euro	-25 000 Euro

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag anzunehmen.

Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit –

Frage Nr. 34, Fraktion der CDU, Bericht Seite 54 - 55

Keine Wortmeldungen.

Änderungsantrag Nr. 4 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2018: 84 000 Euro	-20 000 Euro
Ansatz 2019: 84 000 Euro	-20 000 Euro

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag anzunehmen.

Titel 53108 – Besucher/innen-Betreuung –

Frage Nr. 35, Fraktion der CDU, Bericht Seite 56 - 57

Keine Wortmeldungen.

Titel 53111 – Ausschreibungen, Bekanntmachungen –

Änderungsantrag Nr. 5 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2018: 100 000 Euro	-20 000 Euro
Ansatz 2019: 100 000 Euro	-20 000 Euro

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag anzunehmen.

Titel 54002 – Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung) –

Frage Nr. 36, Fraktion der CDU, Bericht Seite 58 - 60

Keine Wortmeldungen.

Titel 54003 – Geschäftsprozessoptimierung –

Frage Nr. 37, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Bericht Seite 61 bis 62

Keine Wortmeldungen.

Frage Nr. 38, Fraktion der CDU, Bericht Seite 61 - 62

Keine Wortmeldungen.

Änderungsantrag Nr. 6 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2018	1 131 000 Euro	-131 000 Euro
Ansatz 2019	1 131 000 Euro	-131 000 Euro

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag abzulehnen.

Änderungsantrag Nr. 5, Fraktion der AfD

Ansatz 2018: 1 285 000 Euro	-660 000 Euro
Ansatz 2019: 1 327 000 Euro	-660 000 Euro

Begründung zum Änderungsantrag:

Das Pilotprojekt im Amtsgericht Neukölln zur Erhöhung des Anteils von Migrantinnen und Migranten in den Berufszweigen der Justiz unter Nr. 4 soll gestrichen werden, da Migranten keine spezielle Motivation brauchen um einen Arbeitsplatz im Bereich Justiz zu ergreifen. (-50 000 Euro für 2018 und -50 000 Euro für 2019)

Aus dem Masterplan Integration und Sicherheit unter Nr. 8 soll das Projekt LSBTI-Geflüchtete und Bekämpfung von Anfeindungen von Geflüchteten gestrichen werden, da unklar ist, wie viele Menschen diese Angeboten wirklich wahrnehmen und die allgemeine Beratung für Flüchtlinge bereits alle notwendigen Themen abdeckt. Das Teilprojekt "Schwerpunkt Demokratieförderung" wird bereits durch das Projekt "Willkommen im Rechtsstaat (WiR) abgedeckt (vgl. Sammelvorlage zu den Berichtsunterlagen S. 64ff). (-478 800 Euro für 2018 und -478 800 Euro für 2019)

Weiterhin aus dem Masterplan Integration und Sicherheit unter Nr. 8 soll das Projekt Verbraucherlotse für arabische Flüchtlinge (MANARAH) gestrichen werden, da alle anderen Flüchtlinge dadurch diskriminiert werden (vgl. Sammelvorlage zu den Berichtsunterlagen S. 64ff). (-131 200 Euro für 2018 und -131 200 Euro für 2019)

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag abzulehnen.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Frage Nr. 39, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Bericht Seite 63 - 69

Keine Wortmeldungen.

Frage Nr. 40, Fraktion der CDU, Bericht Seite 63 - 69

Keine Wortmeldungen.

Frage (neu), Fraktion der CDU, Bericht Seite 355

Sven Rissmann (CDU) verweist auf eine Presseerklärung des Landes Berlin vom 12. September 2017, wonach es einen hauptamtlichen Opferbeauftragten geben solle. Dieser solle künftig hauptamtlich tätig und bezahlt werden, statt wie bisher ehrenamtlich arbeiten. In der Beantwortung zu den Fragen werde auf Seite 67 dargestellt, dass die Einrichtung eines hauptamtlichen Opferbeauftragten nicht vorgesehen sei. Gleiches finde sich auch auf Seite 355. Warum gebe es jetzt eine Sinnesänderung?

Senator Dr. Dirk Behrendt (SenJustVA) erklärt, beides sei zutreffend. Es gebe einen Opferbeauftragten mit einem konkreten Arbeitsauftrag mit einer Entschädigungsregelung. Nach dem Attentat am Breitscheidplatz sei darüber debattiert worden, dass die vorhandene Struktur nicht zu den Anforderungen nach Großschadenslagen oder Terroranschlägen passe. Zum einen solle der bestehende Opferbeauftragte mit dem Aufgabenkreis belassen werden, sich um

Kriminalitätsoffer zu kümmern, an die Infrastruktur zu vermitteln, auch Politikberatung zur Verbesserung des Opferschutzes durchzuführen. Daneben werde zeitnah professionell eine hauptamtliche Struktur geschaffen. Dazu gebe es hauptamtliche Verwaltungsmitarbeiter, die neben der Stelle des Opferbeauftragten stünden.

Sven Rissmann (CDU) bemerkt, wenn eine hauptamtliche Struktur geschaffen werden sollte, müsste dies auch entsprechend etatisiert werden. Dies sei offensichtlich nicht vorgesehen. Vielmehr sollten bestehende Dienstposten umgewidmet werden. Wo seien Kapazitäten frei, um bestehenden Stellen neue Aufgaben zuzuweisen? Wie werde die Position des ehrenamtlichen Opferbeauftragten ausgestattet? Werde es diesbezüglich Veränderungen geben?

Senator Dr. Dirk Behrendt (SenJustVA) antwortet, dass nicht beabsichtigt sei, Verwaltungsmitarbeiter, die jetzt mit anderen Aufgaben betraut seien, zukünftig mit diesen Aufgaben zu betrauen. Eine genauere Abstimmung, wie viel Personal benötigt würde und welche genaue Abgrenzung es zum jetzigen Opferbeauftragten gebe, sei noch Gegenstand von Beratungen. Eine Etatisierung sei bis jetzt noch nicht erfolgt.

Karsten Woldeit (AfD) interessiert der zeitliche Rahmen, in dem der hauptamtliche Opferbeauftragte mit entsprechenden Mitarbeitern tätig werden könne.

Senator Dr. Dirk Behrendt (SenJustVA) erklärt, einen genauen Termin nicht mitteilen zu können. Dies werde noch im Rahmen der Haushaltsberatungen eine Rolle spielen. Er verweise auf die Beratung im Hauptausschuss.

Sven Rissmann (CDU) hält fest, dass es in diesem Haushalt noch keinen hauptamtlichen Opferbeauftragten gebe. Den ehrenamtlichen Opferbeauftragten solle es weiterhin geben. Dieser sei mit 35 700 Euro pro Jahr veranschlagt, statt, wie bisher, mit 12 000 Euro. Diese 12 000 Euro seien bislang die Aufwandsentschädigung gewesen. Werde diese nunmehr erhöht, oder stünden andere Leistungen, Erstattungen hinter der Mittelerhöhung?

Senator Dr. Dirk Behrendt (SenJustVA) führt aus, dass der Opferbeauftragte gestärkt werden solle und dafür entsprechende Haushaltsmittel beantragt worden seien.

Sven Rissmann (CDU) wendet ein, dass die Aufgabe und die Finanzierung eines ehrenamtlichen Opferbeauftragten anders bewertet würden, wenn es einen hauptamtlichen Opferbeauftragten gebe. Erhalte der jetzige ehrenamtliche Opferbeauftragte eine Verdreifachung seiner Aufwandsentschädigung, während zusätzlich ein hauptamtlicher Opferbeauftragter eingestellt werden solle?

Senator Dr. Dirk Behrendt (SenJustVA) erwidert, dass über die Frage, ob es ein Vollzeit-äquivalent oder mehrere würden, noch diskutiert werde. Der Hauptausschuss werde sich damit befassen. Unabhängig davon werde anerkannt, dass die Aufwandsentschädigung für den Opferbeauftragten bescheiden gewesen sei. Dies solle behutsam aufwachsen.

Sven Rissmann (CDU) wirft ein, dass es für die Entscheidung darüber, ob und wie ein ehrenamtliche Opferbeauftragten finanziell ausgestattet werde von Relevanz sei, ob es gelinge, im Hauptausschuss einen hauptamtlichen Opferbeauftragten einzurichten.

Senator Dr. Dirk Behrendt (SenJustVA) erklärt, dass noch einige Zeit benötigt werde. Sicher sei, dass die Stelle des ehrenamtlichen Opferbeauftragten mit den Zuständigkeitsbereichen, die er bereits genannt habe, bestehen bleiben solle und anerkannt werde, dass die Aufwandsentschädigung bislang zu bescheiden gewesen sei.

Canan Bayram (GRÜNE) äußert, sie verstehe die Einlassung des Abg. Rissmann nicht, da der CDU das Thema Opferschutz früher sehr wichtig gewesen sei. Sie sehe sich durchaus in der Lage, in der heutigen Sitzung darüber zu entscheiden, dass die Anhebung der Aufwandsentschädigung mitgetragen werde. Insgesamt solle der Senat bei diesem Thema besser aufgestellt werden. Es wäre wichtig, wenn es dem Senat gelänge, im laufenden Verfahren für diese Thematik noch Mittel zur Verfügung zu stellen, um all die Herausforderungen zum Beispiel des sensiblen Umgangs aller Verwaltungsstellen mit den Opfern, bewältigen zu können.

Karsten Woldeit (AfD) erklärt, dass die Diskussion eines hauptamtlichen Opferbeauftragten in den Unterausschuss PVPP gehöre. Es stehe außer Frage, dass die Tätigkeit des ehrenamtlichen Opferbeauftragten stärker unterstützt werde. Sehe sich der Senator in der Lage, seitens der Verwaltung ein Personaltableau vorzustellen und dieses im Rahmen der Beratung im Unterausschuss PVPP noch vor der zweiten Lesung im Hauptausschuss zur Beratung zur Verfügung zu stellen?

Sven Rissmann (CDU) entgegnet auf die Einlassungen der Frau Abg. Bayram, dass die CDU gemeinsam mit den Sozialdemokraten die Stelle eines Opferbeauftragten gegen die Widerstände der Grünen geschaffen habe. Auch der heutige Justizsenator habe sich durch eine Verweigerungshaltung hervorgetan. Es sei positiv zur Kenntnis genommen worden, dass die Verwaltung die Aufwandsentschädigung an ähnliche Beauftragte anpasse. In den Berichten zeigten sich jetzt aber offensichtliche Widersprüche. Auf Nachfrage sei zu erfahren, dass offenbar das Wesen des Opferschutzes, die Betreuung von Opfern, ganz grundsätzlich neu strukturiert werden solle, dahin gehend, dass es sogar hauptamtliche Tätigkeiten und Dienstposten geben solle. Dies habe er jetzt aufgrund seiner Nachfrage erstmalig erfahren. Zur Beurteilung einer Sachlage müsste er schon Informationen kennen. Wenn der Fachausschuss heute nur durch Zufall erfahre, dass es in der Verwaltung Planungen gebe, den Opferschutz strukturell durch die Schaffung von offenbar sogar mehreren hauptamtlichen Positionen zu stärken, halte er dies für einen relevanten Vorgang.

Senator Dr. Dirk Behrendt (SenJustVA) weist zurück, etwas geheim halten zu wollen. Auf Seite 67 des Berichts sei angeführt, dass der Senat derzeit die Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle unter anderem für Opfer von terroristischen Straftaten prüfe. Er könne nicht zusage, dies fristgerecht für die zweite Lesung des Personalausschusses zu schaffen.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf Abschluss der Debatte.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Frage Nr. 41, Fraktion der AfD, Bericht Seite 63 - 69

Keine Wortmeldungen.

Änderungsantrag Nr. 1, Fraktion der AfD

Ansatz 2018	1 285 000 Euro	- 131.200 Euro
Ansatz 2019	1 327 000 Euro	- 131.200 Euro

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag abzulehnen.

Titel 54034 – Leistungen der Selbstversicherung –

Änderungsantrag Nr. 7 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2018	120 000 Euro	-50 000 Euro
Ansatz 2019	120 000 Euro	-50 000 Euro

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Titel 54053 – Veranstaltungen –

Frage Nr. 42, Fraktion der CDU, Bericht Seite 70

Keine Wortmeldungen.

Frage Nr. 43, Fraktion der AfD, Bericht Seite 70

Keine Wortmeldungen.

Änderungsantrag Nr. 2, Fraktion der AfD

Ansatz 2018	40 000 Euro
Ansatz 2019	40 000 Euro

b) Der rechtspositivistisch nicht bestimmte Bereich „Hasskriminalität“ bedingt eine Entstehung von Gesinnungsstrafrecht. Eine Allokation von Mitteln ist diesbezüglich einzustellen. (verbindliche Erläuterung)

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ab.

Titel 54615 – Entgelte für Statistikleistungen aufgrund von Servicevereinbarungen –

Änderungsantrag Nr. 8 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2018: 255 000 Euro -10 000 Euro
Ansatz 2019: 255 000 Euro -10 000 Euro

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag zu.

Titel 63201 – Ersatz von Verwaltungsausgaben an Länder –

Änderungsantrag Nr. 9 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2018: 7 800 000 Euro
Ansatz 2019: 7 800 000 Euro

b) Verbindliche Erläuterungen:

Sperrvermerk:

Die Mittel dürfen nur für die Finanzierung der zurzeit unbesetzten Stellen am Landessozialgericht und am Finanzgericht verwendet werden.”

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Titel 63207 – Anteil an gemeinsamen Einrichtungen der Länder –

Frage Nr. 44, Fraktion der CDU, Bericht Seite 71 - 72

Keine Wortmeldungen.

Titel 63302 – Ersatz von Ausgaben an Jugendhilfeträger –

Frage Nr. 45, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Bericht Seite 45

Keine Wortmeldungen.

Titel 68102 – Entschädigungen, Ersatzleistungen –

Änderungsantrag Nr. 10 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2018: 260 000 Euro	-30 000 Euro
Ansatz 2019: 260 000 Euro	-30 000 Euro

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen –

Frage Nr. 46, Fraktion der CDU, Bericht Seite 74 - 85

Keine Wortmeldungen.

Frage Nr. 47, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Bericht Seite 74 bis 85

Keine Wortmeldungen.

Frage Nr. 48, Fraktion der AfD, Bericht Seite 74 - 85

Keine Wortmeldungen.

Änderungsantrag Nr. 11 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2018	5 520 000 Euro	+280 000 Euro
Ansatz 2019	5 585 000 Euro	+280 000 Euro

b) Verbindliche Erläuterungen:

I. Steigerung der Mittel für "Projekte im Förderbereich "Gewaltprävention und Mehr zur Förderung des Projekts "Stop Stalking" (70 000 Euro p.a.)

II. Steigerung der Mittel für "Projekte im Förderbereich "Justizvollzug": Einführung des Projekts "Niederschwellige Beratungsangebote für Angehörige" (120 000 Euro p.a.)

III. Notfallseelsorge /Krisenintervention (neu) (90 000 Euro p.a.):

Die Notfallseelsorge wird von Trägern aus Notfallseelsorge EKBO, Erzbistum und Kooperationspartner Johanniter-Unfall-Hilfe, der Malteser Hilfsdienst, der Arbeiter-Samariter-Bund, das Berliner Rote Kreuz, die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft sowie die Muslimische Notfallseelsorge Berlin gemeinsam geleistet. Bisher wurde die Notfallseelsorge aus eigenen Mitteln der Institutionen geleistet.

Zukünftig sollen die Träger sowie deren Kooperationspartner mit 90 000 Euro bezuschusst werden.

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

MG31

Titel 51160 – Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT –

Frage Nr. 49, Fraktion der CDU, Bericht Seite 86

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0601 – Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung – Landesstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung (Landesantidiskriminierungsstelle) – diverse Titel

Frage Nr. 50, Fraktion der CDU, Bericht Seite 87

Keine Wortmeldungen.

Titel 23190 – Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für konsumtive Zwecke –

Frage Nr. 51, Fraktion der AfD, Bericht Seite 88

Keine Wortmeldungen.

Titel 27290 – Zweckgebundene Einnahmen aus dem Ausland für konsumtive Zwecke –

in Verbindung mit

Titel 42890 – Entgelte der Tarifbeschäftigten aus zweckgebundenen Einnahmen –

Titel 68790 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Ausland aus zweckgebundenen Einnahmen –

Frage Nr. 52, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Bericht Seite 89 - 90

Keine Wortmeldungen.

Titel 27290 – Zweckgebundene Einnahmen aus dem Ausland für konsumtive Zwecke –

Frage Nr. 53, Fraktion der AfD, Bericht Seite 89 - 90

Keine Wortmeldungen.

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten –

Frage Nr. 54, Fraktion der CDU, Bericht Seite 91

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0601 – Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung – Landesstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung (Landesantidiskriminierungsstelle) –

Kapitel 0605 – Gemeinsames Juristisches Prüfungsamt

Titel 42701 – Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter –

Frage Nr. 55, Fraktion der CDU, Bericht Seite 92 - 94

Keine Wortmeldungen.

Titel 42701 – Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter –

Frage Nr. 56, Fraktion der AfD, Bericht Seite 92 - 94

Keine Wortmeldungen.

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten –

Frage Nr. 57, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Bericht Seite 95 bis 96

Keine Wortmeldungen.

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten –

Titel 42811 – Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten –

Frage Nr. 58, Fraktion der CDU, Bericht Seite 95 - 96

Keine Wortmeldungen.

Titel 51101 – Geschäftsbedarf –

Änderungsantrag Nr. 12 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2018: 15 000 Euro -8 000 Euro

Ansatz 2019: 15 000 Euro -8 000 Euro

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Titel 51140 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände –

Frage Nr. 59, Fraktion der CDU, Bericht Seite 97

Keine Wortmeldungen.

Änderungsantrag Nr. 13 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2018: 25 000 Euro -15 000 Euro
Ansatz 2019: 25 000 Euro -15 000 Euro

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Kapitel 0601 – Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung – Landesstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung (Landesantidiskriminierungsstelle) –

Kapitel 0616 – Landgericht

Kapitel 0630 – Amtsgericht Tiergarten

Titel 52703 – Dienstreisen –

Frage Nr. 60, Fraktion der CDU, Bericht Seite 98

Keine Wortmeldungen.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Frage Nr.61, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Bericht Seite 99 - 101

Keine Wortmeldungen.

Frage Nr. 62, Fraktion der CDU, Bericht Seite 99 - 101

Keine Wortmeldungen.

Änderungsantrag Nr. 14 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2018: 381 000 Euro +70 000 Euro
Ansatz 2019: 381 000 Euro +70 000 Euro
b) Verbindliche Erläuterungen:

Hinzufügung einer neuen Nummer 4:

4. Evaluation des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus, und Antisemitismus / Stärkung der Demokratie und Schutz vor Diskriminierung und Gewalt.

2018/2019 jeweils 45 000 Euro“

Begründung:

Die Evaluation dient als Grundlage für die Neuarbeitung der Landeskonzeption. Im Rahmen der Evaluation soll auch betrachtet werden, ob verschiedene geförderte Projekte teilweise Aufgaben parallel wahrnehmen und ob durch eine bessere Vernetzung von Projektträger*innen Synergien geschaffen werden können.

Hinzufügung einer neuen Nummer 5:

5. Begleitmaßnahmen zur Erstellung und zur Umsetzung des Landesprogramms Diversity und des Landesantidiskriminierungsgesetzes / Weiterentwicklung der Diversity-Kompetenz innerhalb der Verwaltung. 2018/2019 jeweils 25 000 Euro.

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Titel 54053 – Veranstaltungen –

Frage Nr. 63, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Bericht Seite 102

Keine Wortmeldungen.

Änderungsantrag Nr. 15 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2018: 35 000 Euro +20 000 Euro

Ansatz 2019: 35 000 Euro +20 000 Euro

b) Verbindliche Erläuterung:

Die LADS hat zudem Veranstaltungen zu den Themen UN-Dekade, Initiative Sexuelle Vielfalt (ISV), 150. Geburtstag Magnus Hirschfeld und Stärkung der Demokratie durchzuführen.

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen –

Frage Nr. 64, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Bericht Seite 103 - 106

Keine Wortmeldungen.

Frage Nr. 65, Fraktion der CDU, Bericht Seite 103 - 106

Keine Wortmeldungen.

Frage Nr. 66, Fraktion der AfD, Bericht Seite 85 sowie Seite 103 - 106

Keine Wortmeldungen.

Frage Nr. 67, Fraktion der FDP, Bericht Seite 103 - 106

Keine Wortmeldungen.

Änderungsantrag Nr. 16 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2018 5 835 000 Euro	+397 000 Euro
Ansatz 2019 5 835 000 Euro	+397 000 Euro

b) Verbindliche Erläuterungen:

Erhöhung der Nr. 2
Zuschüsse an Projekte im Rahmen der Fortführung und Weiterentwicklung der Initiative Akzeptanz sexueller Vielfalt um 142 000 Euro p.a.

Erhöhung Nr. 3
Zuschüsse an Projekte, die Beratung in Fällen von Diskriminierungen um 20 000 Euro p.a.

Erhöhung der Nr. 4
Ausgaben im Rahmen des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus/Stärkung der Demokratie und Schutz vor Diskriminierung und Gewalt um 235 000 Euro p.a.

die sich wie folgt auf die einzelnen Projekte verteilen:

zu 4.1. Jüdisches Forum für Demokratie gegen Antisemitismus für ein Vereinigens-
ständigung der bisherigen in Kooperation geleisteten Arbeit (45 000 Euro p.a.)

zu 4.2. u.a. Unterstützung für demokratisch Engagierte, die infolge ihres menschenrechtsbasierten zivilgesellschaftlichen Engagements Opfer von politisch motivierter Gewalt und/ oder Hasskriminalität werden durch die Antonio-Amadeu-Stiftung (60 000 Euro p.a.)

zu 4.3. Anders Denken. Politische Bildung gegen Antisemitismus (90 000 Euro p.a.)

zu 4.4. Ausbau Monitoring (40 000 Euro p.a.)

Änderungsantrag Nr. 6, Fraktion der AfD

Ansatz 2018 5.835 000 Euro	- 1.741.200 Euro
Ansatz 2019 5.835 000 Euro	- 1.741.200 Euro

a) Begründung zum Änderungsantrag: Der Berliner Senat plant umfangreiche Förderungen „sozialer Einrichtungen“ welche vornehmlich der generellen Kategorisierung „Kampf gegen Rechts“ zugeordnet werden können. So soll die bisherige Förder-summe von 4 675 000 Euro (Ansatz 2017) für 2018/19 auf 5.835 000 Euro signifi-kant erhöht werden. Unter dem Deckmantel der „Demokratieförderung“ sollen hier insbesondere Vereine und Institutionen Unterstützung finden, welche als sog. Vor-feldorganisationen der Regierungsparteien aktiv und mit Hilfe von staatlicher Förde-rung in den freien Wettbewerb der Parteien eingreifen. Art. 21 Abs. 1 GG setzt die Chancengleichheit der Parteien voraus, indem er die Gründungsfreiheit jeder Partei gewährleistet (Satz 2) und jeder Partei den Auftrag erteilt, bei der politischen Wil-lensbildung des Volkes mitzuwirken (Satz 1). Der Wettbewerb zwischen den Partei-en darf nicht durch staatliche Einflussnahme verzerrt werden, Parteien sind streng formal gleich zu behandeln. Durch die staatliche Förderung dieser nichtstaatlichen Organisationen entsteht ein nicht unbeachtlicher Wettbewerbsnachteil zwischen den Parteien. Das staatliche Neutralitätsgebot wird durch diese Fördergelder deutlich ver-letzt. Ein Hinweis auf die einseitige politische Instrumentalisierung der Fördergelder lässt sich auch daran ableiten, dass keinerlei Förderprogramme gegen „Linksextre-mismus“ als spezifische „Zweckbindung“ vorgesehen sind (Seite 105 des Berichts-auftrags).

Die Streichung der finanziellen Förderung in der benannten Höhe bezieht sich auf folgende private Vereine:

1. Amadeo Antonio Stiftung

Geleitet und gegründet von einer Ex-MfS Mitarbeiterin fungiert die Stiftung vor allem als sog. „Beschwerdestelle“ für sog. „Hass im Netz“. Darunter zu verstehen ist ein exzessives Melde- und Denunziantentum im Netz. Anstelle einer staatlichen Überprüfung rechtswidriger Inhalte im Netz durch Staatsanwaltschaften und Gerichte, treten nun selbsternannte Sittenwächter und NGO's an deren Stelle. Insbesondere vor dem Hintergrund des verfassungsrechtlich höchst umstrittenen NetzDG, könnte eine derartige Förderung der Amadeo Antonio Stiftung zu einer mittelbaren staatlichen Zensur im Netz führen. (-32 500 Euro)

2. Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum e.V.

Wie der Name des Vereins schon nahelegt, ist dieser Verein eng mit der autonomen und linksextremistischen „Antifa-Szene“ verwoben. Er sammelt jegliche Publikationen und Informationen über die sog. „extreme Rechte“. Mit dabei verzeichnet auch die im Berliner Abgeordnetenhaus vertretene Alternative für Deutschland. Auch wenn eine solche private Dokumentation soweit sie nicht gegen Persönlichkeitsrechte von Betroffenen verstößt, ohne weiteres zulässig sein dürfte, stellt sich auch hier die Frage weshalb eine staatliche Finanzierung aus Steuergeldern zu erfolgen hat. (-184 000 Euro)

3. Gesicht zeigen – für ein weltoffenes Deutschland e.V. (-90 000 Euro)

4. Inssan für kulturelle Interaktion e.V.

Der Verein richtet sich insbesondere gegen Islamkritiker. Der Berliner Verfassungsschutz hat dem Verein im Jahr 2008 noch klare „personelle und organisatorische Überschneidungen mit der islamistischen „Muslimbruderschaft (MB)“ bescheinigen (Anfrage des Abg. Frank Henkel (CDU) vom 24.04.2008 16/20 253). Eine staatliche Förderung von Islamisten sollte in jedem Fall unterbunden werden. (-76 000 Euro)

5. Stiftung für Sozialpädagogisches Institut Walter May

Im Vorstand der Stiftung sitzen ein ehemaliger Staatssekretär und eine ehemalige Staatssekretärin der SPD in Berlin. Weshalb eine Förderung dieser SPD-nahen Stiftung in Höhe von 270 000 Euro im Jahr erfolgen soll ist nicht ersichtlich oder begründbar. (-270 000 Euro)

6. N.N. „Berlin-Monitoring“

Haushaltsposten an eine noch zu benennende Einrichtung kann keine blanko-Freigabe erteilt werden. (-80 000 Euro)

7. N.N. „Prävention an Stadträndern stärken

Haushaltsposten an eine noch zu benennende Einrichtung kann keine blanko-Freigabe erteilt werden. (-45 000 Euro)

8. N.N. Vorurteilsmotivierte Hassrede, Soziale Medien

Haushaltsposten an eine noch zu benennende Einrichtung kann keine blanko-Freigabe erteilt werden. (-45 000 Euro)

9. N.N. Ausweitung des Berliner Landesprogramms auf alle Formen gruppenbezogener Menschenverachtung. Haushaltsposten an eine noch zu benennende Einrichtung kann keine blanko-Freigabe erteilt werden. (-109 200 Euro)

10. Verein für demokratische Kultur e.V.

Der Verein betreibt die Webseite berlin-gegen-nazis.de. Neben der fehlenden Trennschärfe wer unter dem Begriff „Nazi“ zu subsumieren sei, ruft diese Webseite offiziell zu strafbaren Aktionen und Verstößen gegen die Versammlungsfreiheit in Deutschland auf. Insbesondere gibt die Webseite Leitfäden heraus, wie fremde Demonstrationen durch Lärm und durch die Überwindung von Polizeisperren und Sitzblockaden gestört werden können. (-763 000 Euro)

11. Sozialistische Jugend Deutschland Die Falken LV Berlin

Eine Jugendorganisation die stark mit der SPD verwoben ist. Bis 2011 durften nur Mitglieder der SPD Mitglied bei der Organisation sein. Eine staatliche Förderung anderer Parteijugendverbände findet nicht statt. Eine staatliche Förderung des „Sozialismus“ ist im Rahmen der haushälterischen Sparsamkeit daher nicht wünschenswert. (-46 500 Euro)

Wortprotokoll Anfang:

Vorsitzender Holger Krestel: Wir sind beim Änderungsantrag 16 der Koalitionsfraktionen und beim Änderungsantrag 6 der AfD. Da die AfD die kleinere Fraktion ist, stimmen wir über diesen zuerst ab. Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? – Herr Vallendar, bitte!

Marc Vallendar (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Die Begründung ist in unserem Antrag im Wesentlichen enthalten. Er ist recht umfangreich. Ich würde jetzt dem Justizsenator, bevor er sich gleich zum Cateringwagen begibt – möglicherweise, ich weiß es nicht – gern noch mal die Fragen stellen, die wir schon im Hauptausschuss gestellt haben. Ich werde es trotzdem kürzer fassen und nicht auf die einzelnen Projekte eingehen, aber ich würde schon gern eine generelle Äußerung dazu haben: Nach welchen Kriterien werden Vereine, also private Vereine, überhaupt ausgewählt? Gibt es irgendwelche Förderrichtlinien? Gibt es irgendwelche Bedingungen an die Auszahlung dieser Gelder? Gibt es eine Extremismuserklärung? Gibt es irgendwelche Kontrollen, was mit diesen Geldern gemacht wird von den Vereinen, oder wird einfach ein Blankoschein ausgestellt? Das würde ich gern mal erfahren. Oder erfolgt einfach eine willkürliche Auswahl dieser Vereine? Nach welchen Kriterien werden also diese Vereine ausgewählt? Das würden wir gern wissen.

Vorsitzender Holger Krestel: Vielen Dank, Herr Vallendar! – Tut mir leid, ich habe zu spät gesehen, dass Sie sich schon gemeldet hatten, aber Sie haben jetzt das Wort, Frau Dr. Kitschun – bitte!

Dr. Susanne Kitschun (SPD): Ich wollte eigentlich Herrn Vallendar sehr gerne das Wort lassen, wollte aber für die Koalition beantragen, dass wir, mit einer Stimme gesprochen, für diesen Punkt gern ein Wortprotokoll hätten – nur für die Diskussion zu den Änderungsanträgen Nr. 16 und Nr. 6. Wenn ich jetzt dran bin, würde ich mich auch gleich in der Sache äußern. Sie haben recht, es gab schon Debatten dazu im Hauptausschuss, aber es ist aus unserer Sicht notwendig, auch in diesem Ausschuss zu diesem Änderungsantrag etwas zu sagen, der aus unserer Sicht diverse Unterstellungen enthält, die wir hier klarstellen möchten. Zum einen ist es so, dass man die Zuschüsse, die in diesem Titel drin sind, in keiner Weise alle unter „Kampf gegen Rechts“ subsumieren kann, weil dort, wie Sie im Haushaltsplan nachlesen können, auch Projekte für sexuelle Vielfalt drin sind, LSBTI-Projekte, Antidiskriminierungsprojekte und das Landesprogramm „Demokratie. Vielfalt. Respekt“, wo es schon auch gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus geht, aber dabei natürlich auch um Demokratieförderung und Stärkung des Zusammenhalts.

Zweite Klarstellung: Finanziert werden klar definierte Projekte und keine Vereine oder Vereinsarbeit in Gänze. Das wäre auch gar nicht möglich. An der Stelle gibt es ja auch teilweise Kofinanzierungen. Also das weisen wir auch klar zurück. Ebenso weisen wir die implizit aus-

gesprochene Unterstellung, hier würden Fördergelder politisch instrumentalisiert oder an Vorfeldorganisationen ausgegeben, zurück.

Das Landesprogramm „Demokratie. Vielfalt. Respekt“, das mit diesem Haushalt – das hatte ich vorhin schon ausgeführt – ausgebaut wird, ist ein Förderprogramm für demokratiefördernde Arbeit. Die Ziele – Förderrichtlinien und Ähnliches können Sie im Internet nachlesen, lässt sich relativ einfach googeln – sind zum einen die Stärkung der demokratischen Kultur und zum anderen die Stärkung einer Kultur der Anerkennung, des Respekts und der Menschenwürde, und zwar für alle Menschen. Das Programm gibt es schon seit ungefähr 15 Jahren in Berlin, und es gab immer ein sehr breites gesellschaftliches und politisches Bündnis, auch unter unterschiedlichen Koalitionen in diesem Haus, die das bisher getragen hat.

Ihre Änderungsanträge, dieses Programm jetzt um ein Drittel zu kürzen, gehen aus unserer Sicht in der aktuellen Situation angesichts steigender Übergriffe, angesichts Herausforderungen für den demokratischen Diskurs in der Stadt und der Herausforderung, gerade auch Kinder und Jugendliche stark zu machen für Diskussionen und persönliches Eintreten für Demokratie, demokratische Prozesse und Menschenrechte, fehl. Besonders bemerkenswert, um noch ein Beispiel zu nennen, ist, dass Sie zwei Leitprojekte des Landesprogramms „Demokratie. Vielfalt. Respekt“ streichen wollen, und zwar die komplette mobile Beratung in dieser Stadt. Das ist aus unserer Sicht absolut nicht der richtige Weg. Wir lehnen Ihren Antrag von daher ab und werden unsererseits unserem Änderungsantrag zustimmen, der die sinnvollen Aufstockungen des Senats noch weiter erhöht, und zwar bei der Initiative Sexuelle Vielfalt, bei Antidiskriminierungsarbeit und auch bei der Stärkung des Landesprogramms für Demokratie, gegen Antisemitismus, Rechtsextremismus und Rassismus, und zwar insbesondere, wie eingangs schon gesagt, im Bereich Antisemitismus. Dort wollen wir u. a. die Praxisstelle der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus stärken, die mit Schülerinnen und Schülern arbeitet. Wir alle haben auch über die Presse mitbekommen, welche Probleme es gerade in diesem Bereich für jüdische Schülerinnen und Schüler gibt. Dort wollen wir die Förderung erhöhen. Auch das jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus soll ein zusätzliches Projekt bekommen, was eine vertiefte Beobachtung und Recherche in diesem Bereich darstellt. Wir wollen auch die Unterstützung demokratisch Engagierter, zivilgesellschaftlich Engagierter, die infolgedessen Probleme bekommen, weiter ausbauen und sind hier von daher ganz anders unterwegs als Sie.

Vorsitzender Holger Krestel: Vielen Dank! – Ich stelle noch mal ganz kurz fest, dass wir Einvernehmen haben, dass zu diesem Punkt das beantragte Wortprotokoll geführt wird. – Herr Woldeit, bitte!

Karsten Woldeit (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank für Ihre Ausführungen, liebe Kollegin! Ich glaube, in der Sache sind wir gar nicht so weit auseinander, zumindest was Ihre Begründung gerade angeht. Sie werden in uns einen großen Freund haben, was die Bekämpfung von Antisemitismus angeht, was die Bekämpfung von extremistischen Strukturen angeht, was die Förderung von entsprechenden Vereinen angeht. Da haben Sie mit uns einen Freund. Womit wir ein Problem haben oder was wir sehen, ist eine einseitige Ausrichtung in verschiedenen Phänomenbereichen des Extremismus. Uns ist ganz klar der Bereich des Linksextremismus hier zu unterdimensioniert, zumindest was die Bekämpfung dessen angeht. – [Zuruf von Sebastian Schlüsselburg (LINKE)] – In der Tat, die Statistik, Herr Schlüsselburg: Wir haben die letzten PKS-Zahlen bekommen. Die Zunahme linksextremisti-

scher Gewalttaten ist, glaube ich, um 40 Prozent – Gewalttaten, ich rede nicht von Propagandadelikten, die es im linksextremistischen Bereich nicht gibt –, exorbitant angestiegen. Wie gesagt, ich war ja bekannterweise auch schon das eine oder andere Mal Opfer dieser Geschichte, der Kollege Herr Schreiber ja auch. Also wir wollen hier eine Transparenz, und ich möchte auch anregen – das hatten wir auf Bundesebene durch die damalige Bundesministerin Köhler, dann Schröder –, die Einführung einer Extremismusklausel wieder auf das Tableau zu nehmen, dass also jeder Verein, jede Organisation, die sich in irgendeiner Art dort um Fördermittel bemüht, ganz klar eine Extremismusklausel jeglicher Couleur unterschreibt. Ich glaube, das ist ein Ansatzpunkt, den wir als Demokraten, auf der freiheitlich-demokratischen Grundordnung fest stehend, alle unterschreiben können. Das wäre doch mal ein hochinteressanter Punkt, den man insgesamt bei der Bewilligung von Fördergeldern zwingend voraussetzen müsste.

Vorsitzender Holger Krestel: Herr Vallendar!

Marc Vallendar (AfD): Vielen herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! – Die Frage, die sich mir stellt, ist vor allen Dingen die, die man durchaus in den Blick nehmen muss, wenn man von Demokratie und Demokratieförderung spricht. Wir haben – so ist das Grundgesetz und die Idee dessen angelegt – in Deutschland die Parteien, die die Willensbildung der Bevölkerung kanalisieren sollen und durch ihr Engagement und ihren Streit um die besten Argumente und die besten Überzeugungen Wahlkämpfe führen, nach denen dann Wahlen und Abstimmungen stattfinden. Danach setzen sich das Parlament und auch die Regierung zusammen. Das ist eigentlich der Kern der Demokratie. Schwierig wird es jedoch, wenn bei diesem demokratischen Wettbewerb der Parteien staatliche Ressourcen zum Einsatz kommen, um diesen Wettbewerb, wie auch immer geartet, zu beeinflussen. Dann wird es nämlich langsam problematisch. Dann haben wir nämlich das Phänomen, dass, wenn willkürlich an irgendwelche politischen Vereine, die politisch tätig werden, Gelder herausgegeben werden, die Regierungsparteien letztendlich immer bestimmen, welche Vereine diese Förderung bekommen, und das geht einseitig zulasten der Opposition in diesem Land.

Ich möchte das umgekehrte Beispiel nennen: Stellen Sie sich mal vor, Sie hätten eine AfD-Regierung hier sitzen und wir würden auf einmal anfangen, diversen Vereinen, von denen wir der Meinung sind, die tragen doch zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bei, Fördergelder zuzuschustern – ohne jegliche größere Bedingung, und das nennen wir mit bunten Wörtern „Demokratieförderung“ oder wie auch immer. Ich muss mich bei solchen Vereinen – wenn hier die „Sozialistische Jugend“ gefördert wird – schon fragen, inwiefern die politische Neutralität des Staates noch gewahrt ist, wenn der Staat – – Das sind ja immerhin Steuergelder. Die Vereinsgründung ist frei, es kann jeder gern einen Verein für Antisemitismus oder für welches Thema auch immer gründen, es können gern Vereine gegründet werden. Man kann die auch unterstützen, man kann denen auch spenden, aber problematisch wird es, wenn auf einmal Landesprogramme verabschiedet werden mit Steuergeldern, die dann herausgegeben werden, um hier sozusagen einen politischen Meinungskampf zu führen. Da sagen wir eben, das ist bei einigen Vereinen hier durchaus zu hinterfragen.

Eine Beantwortung hätte ich doch gerne zu einem speziellen Verein, denn das ist mir persönlich sehr aufgestoßen. Das ist der Verein Inssan für kulturelle Interaktion e. V. Dazu gab es die parlamentarische Anfrage 16/20 253 des Abgeordneten Frank Henkel von der CDU vom 24. April 2008. Dort wurde dem Verein noch eine klare personelle und organisatorische

Überschneidung mit der islamistischen Muslimbruderschaft – MB – vonseiten des Berliner Verfassungsschutzes bescheinigt. Ist das immer noch aktuell, und wenn ja, warum soll dieser Verein jetzt laut Haushaltsplan mit 76 000 Euro jährlich finanziert werden? Zu diesem Verein würde ich jetzt gerne mal eine Antwort haben.

Vorsitzender Holger Krestel: Herr Walter wollte noch etwas dazu sagen.

Sebastian Walter (GRÜNE): Ich wollte nur kurz auf die Verfahren hinweisen. Es ist ja ganz sinnvoll, sich zu vergewissern, wo man gerade steht. Wir haben den Bereich der Berichte ja schon abgeschlossen und sind jetzt bei den Anträgen. Wir beraten gerade Ihren Antrag. Es ist ziemlich unüblich, dass Sie zu Ihrem eigenen Antrag plötzlich Fragen an die Verwaltung richten. Ich weiß nicht genau, was die Verwaltung Ihnen in Bezug auf Ihren Antrag antworten soll. Vielleicht hätten Sie entsprechende Berichtsaufträge formulieren sollen. Wenn die nicht in Ordnung gewesen sind, hätten Sie da noch mal nachfragen können, aber wir sind gerade bei Ihrem Antrag. Ich könnte Fragen stellen, die Verwaltung könnte Fragen stellen, was Sie da genau meinen, aber ich weiß nicht genau, was wir gerade diskutieren sollen.

Vorsitzender Holger Krestel: Herr Walter! Vielleicht ein kleiner Hinweis: Wir beraten im Moment zwei Anträge, den der AfD und den der Koalition, und wenn jemand hier Fragen stellt, dann gehe ich davon aus, dass die Fragen, wenn sie denn beantwortet werden, dazu dienen, den Abgeordneten das Abstimmungsverhalten zu erleichtern, also es zu festigen oder zu verändern. – Herr Woldeit möchte noch etwas sagen. – Bitte!

Karsten Woldeit (AfD): Herr Walter! Das kann ich Ihnen sehr klar und relativ simpel erklären. Wir haben ja versucht, dazu Berichtsaufträge zu generieren, und die Berichtsaufträge wurden mehrheitlich von der Koalition im Hauptausschuss abgelehnt. Das ist übrigens auch ein Novum, dass Oppositionsrechte so beschnitten werden. Dass wir in den Haushaltsberatungen, gerade hier in der zweiten Lesung, noch mal Bezug nehmen auf unsere Berichtsaufträge im Allgemeinen, egal, von welcher Fraktion, und dann noch mal Nachfragen stellen, auch das ist, glaube ich, absolut parlamentarischer Brauch. Dementsprechend ist es unser gutes Recht, hier noch mal nachzuhaken, auch noch mal explizit zu einer kleinen Anfrage. – [Zuruf] –

Vorsitzender Holger Krestel: Ich vermute, der Herr Senator möchte jetzt antworten.

Senator Dr. Dirk Behrendt (SenJustVA): Die können sich ja noch weiter austauschen. – Zur konkreten Frage: Wenn ich das richtig gehört habe, ist das eine Anfrage von Henkel von 2008. Wir haben nach meiner Erinnerung in diesem Jahr zu dem Thema eine Anfrage beantwortet, da steht alles Aktuelle drin. Sie haben es verabsäumt, beim letzten Mal, als wir hier Berichtsaufträge besprochen haben, diese Frage zu stellen. Das wäre vielleicht für die Zukunft einfacher, dann können wir entsprechend auch die Antworten vorbereiten. Aber wir suchen Ihnen noch mal diese Anfrage während der laufenden Sitzung heraus, und dann können Sie den aktuellen Stand zu Inssan da noch mal nachlesen. Auf Zuruf ist mir das jetzt – wir haben 74 Zuwendungsvorgänge allein in der LADS – nicht möglich. Aber wir haben das umfassend und aktuell schriftlich beantwortet, und dann können Sie das gern noch einmal nachvollziehen.

Vorsitzender Holger Krestel: Vielen Dank, Herr Senator! – Nachdem ich nun keine weiteren Wortmeldungen sehe, stelle ich den Antrag der AfD-Fraktion an diesem Punkt zuerst zur Abstimmung. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, der hebe bitte die Hand. – Das ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich? – Das sind die CDU- und die FDP-Fraktion. Dann kommen wir gleich zum Änderungsantrag 16 der Koalitionsfraktionen. Wer diesem zustimmen möchte, der hebe bitte die Hand. – Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? – Das ist die AfD-Fraktion. Wer enthält sich? – Das sind die CDU- und die FDP-Fraktion. Danke!

Wortprotokoll Ende

Titel 68690 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland aus zweckgebundenen Einnahmen –

Zurückstellung zur zweiten Lesung durch die AfD

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0605 – Gemeinsames Juristisches Prüfungsamt

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten –

Frage Nr. 68 , Fraktion der CDU, Bericht Seite 107

Keine Wortmeldungen.

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten –

Frage Nr. 69, Fraktion der CDU, Bericht Seite 108

Keine Wortmeldungen.

Titel 51101 – Geschäftsbedarf –

Änderungsantrag Nr. 17 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2018: 38 000 Euro	-4 000 Euro
Ansatz 2019: 38 000 Euro	-4 000 Euro

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Titel 51802 – Mieten für Fahrzeuge –

Frage Nr. 70, Fraktion der CDU, Bericht Seite 109

Keine Wortmeldungen.

Frage Nr. 71, Fraktion der FDP, Bericht Seite 109

Keine Wortmeldungen.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Frage Nr. 72, Fraktion der CDU, Bericht Seite 110

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0608 – Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz –

Titel 11921 – Rückzahlungen von Zuwendungen –

Frage Nr. 73, Fraktion der CDU, Bericht Seite 111

Keine Wortmeldungen.

Titel 27201 – Zuschüsse der EU für konsumtive Zwecke –

Frage Nr. 74, Fraktion der CDU, Bericht Seite 112

Keine Wortmeldungen.

MG 02

Titel 18210 – Tilgungen –

Frage Nr. 75, Fraktion der AfD, Bericht Seite 113

Keine Wortmeldungen.

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten –

Frage Nr. 76, Fraktion der CDU, Bericht Seite 114

Keine Wortmeldungen.

Titel 51101 – Geschäftsbedarf –

Änderungsantrag Nr. 18 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2018: 23 000 Euro - 4 000 Euro

Ansatz 2019: 23 000 Euro - 4 000

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Titel 52501 – Aus- und Fortbildung –

Frage Nr.77, Fraktion der CDU, Bericht Seite 115

Keine Wortmeldungen.

Titel 52610 – Gutachten –

Frage Nr. 78, Fraktion der CDU, Bericht Seite 116 - 117

Keine Wortmeldungen.

Frage Nr. 79, Fraktion der AfD, Bericht Seite 116 - 117

Keine Wortmeldungen.

Titel 52703 – Dienstreisen –

Änderungsantrag Nr. 19 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2018: 22 000 Euro -2 000 Euro

Ansatz 2019: 22 000 Euro -2 000 Euro

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit –

Frage Nr. 80, Fraktion der AfD, Bericht Seite 118

Keine Wortmeldungen.

Titel 53105 – Beteiligung an Messen und Ausstellungen –

Frage Nr. 81, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Bericht Seite 119

Keine Wortmeldungen.

Frage Nr. 82, Fraktion der AfD, Bericht Seite 119

Keine Wortmeldungen.

Änderungsantrag Nr. 20 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2018: 270 000 Euro	+/- 0
Ansatz 2019: 270 000 Euro	-10 000 Euro

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Titel 53111 – Ausschreibungen, Bekanntmachungen –

Änderungsantrag Nr. 21 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2018: 4 000 Euro	-3 000 Euro
Ansatz 2019: 4 000 Euro	-3 000 Euro

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Frage Nr. 83, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Bericht Seite 120 - 123

Keine Wortmeldungen.

Frage Nr. 84, Fraktion der CDU, Bericht Seite 120 - 123

Keine Wortmeldungen.

Frage Nr. 85, Fraktion der AfD, Bericht Seite 120 - 123

Keine Wortmeldungen.

Änderungsantrag Nr. 22 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2018: 479 000 Euro	+30 000 Euro
Ansatz 2019: 514 000 Euro	+30 000 Euro

Etatisierung von Titel 54010
nunmehr bei Titel 68475
von Dienstleistung nach Zuschuss zur Förderung des NAHhaft e. V.

Begründung:

Streichung von 100 000 Euro im Jahr 2018:

Mittelabfluss per 31.08. ist 32.407,32. Insbesondere das Hunderegister muss spätestens zwei Jahre nach Verordnungserlass aufgebaut sein. Verordnung wurde jedoch noch nicht erlassen.

Erhöhung um 30 000 Euro in 2018 und 2019 zur Förderung von Projekten des NAHhaft e.V.:

NAHhaft ist eine unabhängige und gemeinnützige Forschungs- und Beratungsorganisation, der sich seit 2013 für eine sozial-ökologische Neuausrichtung von Landwirtschaft und Ernährung einsetzt. Mit minimalem Finanzaufwand schafft dieser Verein immer wieder, Projekte mit hohem sozialem und ökologischem Mehrwert zu realisieren.

b) Verbindliche Erläuterung:

30 000 Euro werden in 2018 und 2019 für NAHhaft e.V. zur Förderung der Projekte „Ernährungsstrategie Marzahn-Hellersdorf“ und „Klima-Teller“ gezahlt.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) verweist auf die Änderung zum Änderungsantrag bezüglich der veränderten Veranschlagung von Titel 54010 – Dienstleistungen – bei nunmehr Titel 68475 – Förderung der Verbraucheraufklärung –.

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Titel 54026 – Tierkörperbeseitigung –

Änderungsantrag Nr. 23 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2018: 260 000 Euro -5 000 Euro

Ansatz 2019: 260 000 Euro -5 000 Euro

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

MG 02

Titel 54038 – Dienstleistungen von Kreditinstituten –

Änderungsantrag Nr. 30 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2018: 18 000 Euro -5 000 Euro

Ansatz 2019: 18 000 Euro -5 000 Euro

Der **Ausschuss** beschließt, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Titel 54053 – Veranstaltungen –

Frage Nr. 86, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Bericht Seite 124 - 125

Keine Wortmeldungen.

Frage Nr. 87, Fraktion der CDU, Bericht Seite 124 - 125

Keine Wortmeldungen.

Frage Nr. 88, Fraktion der AfD, Bericht Seite 124 -125

Keine Wortmeldungen.

Titel 54068 – Ausgaben für den Tierschutz –

Frage Nr. 89, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Bericht Seite 126

Keine Wortmeldungen.

Änderungsantrag Nr. 24 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2018: 100 000 Euro	+164 000 Euro
Ansatz 2019: 100 000 Euro	+152 000 Euro

Etatisierung von Titel 54068
nunmehr bei Titel 68451 – Zuschüsse für den Tierschutz –

Empfehlung für Auflagenbeschluss:

Über den Mittelabfluss zu Gunsten des Tierheims ist jährlich zu berichten.

b) Verbindliche Erläuterung:

Unterstützung des Tierschutzvereins Berlin e.V. für das Tierheim Berlin.

Dr. Michael Efler (LINKE) betont, dass für die Koalition der Tierschutz sehr wichtig sei; er werde deutlich aufgestockt. In diesem Zusammenhang dankte er dem Senator für die bereits mit der Vorlage des Haushaltsplans Entwurf vorgenommene Erhöhung des Ansatzes. Dieser solle nunmehr noch weiter erhöht werden. Konkret werde ein Änderungsantrag zur Unterstützung des Tierheims Berlin vorgelegt. Er weise den unterstellten Vorwurf, das Tierheim wäre der Koalition egal, zurück. Von der Opposition sei kein Änderungsantrag zur Förderung des Tierschutzes vorgelegt worden.

Karsten Woldeit (AfD) konstatiert, es handele sich hierbei um eine unterstützenswerte Maßnahme. Mit dem Änderungsantrag Nummer sieben seiner Fraktion werde der Tierschutz ebenfalls unterstützt.

Marcel Luthe (FDP) stellt klar, dass auch in früheren Jahren der Regierungsbeteiligung der Grünen das Tierschutzheim mitnichten unterstützt worden sei. Tierschutz finde nicht im Tierheim statt, sondern zunächst einmal bei den Lebensbedingungen für Tiere in der gesamten Stadt, beispielsweise auch bei der artgerechten Haltung von Hunden oder den Diensthunden der Polizei. An der Stelle habe er eine Initiative vermisst.

Dr. Turgut Altug (GRÜNE) betont, dass den Grünen das Thema Tierschutz wichtig sei. Wenn dies in den vergangenen Legislaturperioden nicht im gewünschten Maß erfolgt sei, seien die anderen Fraktionen dafür verantwortlich. Das Thema werde auch auf bezirklicher Ebene gefördert und erfahre Unterstützung. Erstmals sei die Institution eines Berliner Tierschutzbeauftragten initiiert worden. Dieser sei nicht ehrenamtlich tätig, sondern werde mit den notwendigen Mitteln ausgestattet.

Marcel Luthe (FDP) begrüßt, dass eine Stelle für jemanden geschaffen worden sei. Tierschutz bedeutet aber auch, dass die entsprechende Verwaltung dafür Sorge trage, Hundeauslaufgebiete, beispielsweise im Grunewald zur Verfügung zu stellen und diese nicht weiter einzuschränken. Solche Maßnahmen seien ebenfalls Tierschutz.

Dr. Turgut Altug (GRÜNE) erwidert, dass dies nicht der richtige Ausschuss für solche Diskussionen sei. Darüber müsse im UVK gesprochen werden. Auch seien die Bezirke dafür zuständig.

Dr. Michael Efler (LINKE) pflichtet bei. Es seien 20 000 Euro eingestellt worden. Der Ansatz sei nicht erhöht worden, weil die Mittel für die Ausrichtung von Hundeauslaufgebieten bislang nicht ausgeschöpft worden seien. Insofern werde keine Notwendigkeit einer Ansatzserhöhung gesehen. Auch gebe es keinen Änderungsantrag der FDP, dafür mehr Mittel vorzusehen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Titel 63107 – Ersatz von Ausgaben an den Bund –

Änderungsantrag Nr. 25 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2018: 57 000 Euro	-30 000 Euro
Ansatz 2019: 57 000 Euro	-30 000 Euro

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Titel 63111 – Abführung von Zins- und Tilgungseinnahmen an den Bund –

Änderungsantrag Nr. 26 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2018: 24 000 Euro +/- 0 Euro
Ansatz 2019: 24 000 Euro -15 000 Euro

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Titel 68250 – Zuschuss an das Landeslabor Berlin-Brandenburg (LLBB) –

Frage Nr. 90, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Bericht Seite 127 - 129

Keine Wortmeldungen.

Frage Nr. 91, Fraktion der CDU, Bericht Seite 127 - 129

Keine Wortmeldungen.

Änderungsantrag Nr. 27 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2018: 19 483 000 Euro -100 000 Euro
Ansatz 2019: 24 837 000 Euro -100 000 Euro

b) Verbindliche Erläuterung:

Sperrvermerk:

Vor dem Mittelabfluss müssen die sachlichen Gründe dargelegt werden. Insbesondere sind die Mittel für den geplanten Umzug nur freizugeben, wenn eine Ausschreibung stattgefunden hat.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) verdeutlicht, dass die Koalitionsfraktionen an dieser Stelle die geplanten Ansatzserhöhungen im Haushaltsvollzug genau betrachten wollten, ob die Kosten in dieser Höhe tatsächlich erforderlich seien. Es sei zur Kenntnis genommen worden, dass der Umzug von komplizierten und auch großen Laborgerätschaften teuer sei.

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Titel 68304 – Förderung der Tierzucht –

Änderungsantrag Nr. 31 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2018 173 000 Euro	+50 000 Euro
Ansatz 2019 173 000 Euro	+50 000 Euro

b) verbindliche Erläuterungen:

Förderung von Tagungen des Imkerverband Berlin e. V. zum Thema Bienenseuchen in Nr. 2 der Erläuterungen. Die finanzielle Unterstützung des Imkerverbandes Berlins soll es dem Verband ermöglichen, sich stärker in der Prävention von ansteckenden Bienenkrankheiten (z.B. amerikanische Faulbrut) zu engagieren, hierbei steht die Ausbildung von Bienenseuchensachverständigen im Vordergrund. Des Weiteren soll ein jederzeit nutzbares „Seuchenmobil“ mit der entsprechenden technischen Ausrüstung angeschafft werden, um bei einem Ausbruch schnell handeln zu können und Schäden einzudämmen. Ein weiterer wichtiger Baustein ist die Wissensvermittlung zum Thema bestäuberfreundliche Gartengestaltung. Die entsprechenden Beratungsangebote (sowohl vor Ort, als auch im Internet) sollen ausgebaut werden.

Dr. Turgut Altug (GRÜNE) dankt an dieser Stelle der Verwaltung und dem Senator sowie der Staatssekretärin Frau Gottstein, dass der Bienenschutz als wichtig erachtet und der Imkerverband finanziell gefördert werde. Durch die Förderung sollten beispielsweise die Anschaffung eines jederzeit nutzbaren Seuchenmobils und andere Projekte ermöglicht werden.

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Titel 68337 – Besondere Förderungsmaßnahmen in der Landwirtschaft mit Bundes- und EU-Beteiligung –

Änderungsantrag Nr. 32 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2018: 55 000 Euro	+/-0 Euro
Ansatz 2019: 55 000 Euro	-20 000 Euro

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Titel 68451 – Zuschüsse für den Tierschutz –

Frage Nr. 92, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Bericht Seite 130 - 131

Keine Wortmeldungen.

Frage Nr. 93, Fraktion der CDU, Bericht Seite 130 - 131

Keine Wortmeldungen.

Frage Nr. 94, Fraktion der AfD, Bericht Seite 130 - 131

Keine Wortmeldungen.

Änderungsantrag Nr. 28 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2018: 175 000 Euro +/-0 Euro
Ansatz 2019: 175 000 Euro +/-0 Euro

b) Verbindliche Erläuterungen:

Haushaltsneutrale Umschichtung von 10 000 Euro pro Jahr zugunsten der Berliner Tiertafel e.V. (-10 000 Euro p.a. bei der Beschaffung von Tierschutzlehrmaterialien; +10 000 Euro p.a. für Berliner Tiertafel e.V.)

Begründung:

Der gemeinnützige Verein „Berliner Tiertafel e.V.“ versorgt in finanzielle Not geratene Haustierbesitzer*innen mit monatlichen Futterspenden. Jobverlust, Arbeitsunfähigkeit oder andere plötzlich eintretende Lebensänderungen stellen die Haustierbesitzer*innen vor große Herausforderungen bei der Versorgung ihrer geliebten Tiere. Studien haben belegt, dass der regelmäßige Kontakt mit Tieren die Sozialkompetenz von Menschen stärkt. Darüber hinaus geben die Tiere den Besitzer*innen Halt. Bei den monatlichen Futterausgaben kommen viele auf Unterstützung angewiesenen Berliner*innen zusammen, zum Gespräch, zur Behandlung ihres Tieres durch einen Veterinär und um soziale Kontakte zu knüpfen. Aus diesen Gründen ist eine Verstetigung sehr wünschenswert. Der Verein ist Schnittstelle zwischen sozialem Engagement und Tierschutz. Der Verein unterstützt ebenfalls Obdachlose bei der Fütterung und Pflege ihrer Tiere. Der Verein arbeitet ehrenamtlich und ist ständig auf Geld- und Futterspenden angewiesen. Monatlich muss der Verein Futter dazu kaufen, um die hilfeschuchenden Menschen zu unterstützen. Um Missbrauch zu vermeiden, müssen die in Not geratenen Hasstierbesitzer*innen vorlegen, dass das Tier schon vor der Änderung der Lebensumstände in ihrem Haushalt gelebt hat. Zudem ist ein Nachweis über ihre Finanzen notwendig.

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Änderungsantrag Nr. 7, Fraktion der AfD

Ansatz 2018 175 000 Euro +100 000 Euro
Ansatz 2019 175 000 Euro +100 000 Euro

a) Begründung zum Änderungsantrag

Der Tierschutzverein für Berlin und Umgebung Corporation e.V. als Träger des Tierheims Berlin erhält bisher keine Zuschüsse, obwohl die Aufnahme, Versorgung und Vermittlung herrenloser Tiere die gesellschaftliche Ordnung in Berlin mitträgt. Der Verein finanziert sich maßgeblich aus privaten Spenden und soll zur Entlastung, auch in Hinblick auf das wetterbedingt zerstörte Dach, im Haushalt berücksichtigt werden. Der Ansatz jeweils von 100 000 Euro für die Jahre 2018 und 2019 finanziert sich durch die oben beantragten freiwerdenden Mittel. (vgl. Sammelvorlage zu den Berichtsansträgen S. 131ff).

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag abzulehnen.

Titel 68469 – Zuschuss an die Verbraucherzentrale Berlin e.V. –

Frage Nr. 95, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Bericht Seite 132 - 136

Keine Wortmeldungen.

Frage Nr. 96, Fraktion der CDU, Bericht Seite 132 - 136

Keine Wortmeldungen.

Änderungsantrag Nr. 29 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

ursprünglicher Änderungsantrag

Ansatz 2018	1 590 000 Euro	+161 000 Euro
-------------	----------------	---------------

Ansatz 2019	1 590 000 Euro	+161 000 Euro
-------------	----------------	---------------

korrigierter Änderungsantrag nach Aussprache

Ansatz 2018	1 429 000 Euro	+161 000 Euro
-------------	----------------	---------------

Ansatz 2019	1 429 000 Euro	+161 000 Euro
-------------	----------------	---------------

b) Verbindliche Erläuterung:

„Es ist der Aufbau eines Projekts zur Energieschuldnerberatung zu finanzieren.“

Änderungsantrag Nr. 7, Fraktion der CDU

Ansatz 2018	1 429 000 Euro	+ 400 000 Euro
-------------	----------------	----------------

Ansatz 2019	1 429 000 Euro	+ 400 000 Euro
-------------	----------------	----------------

hilfsweise Verpflichtungsermächtigung

VE 2018 400 000 Euro
VE 2019 400 000 Euro

a) Begründung zum Änderungsantrag
aufgrund des Armutsberichts ist mit weiterhin steigendem Beratungsbedarf zu rechnen, wegen steigender Preise insbesondere zum Thema Energiearmut; Tarifsteigerung

b) 300 000 Euro zur Realisierung des geplanten Projektes „Energieschulden-Ambulanz“

gegenfinanziert über Änderungsantrag Nr. 30

Peter Trapp (CDU) fragt nach, ob der Änderungsantrag der Regierungskoalitionen tatsächlich eine Ansatzserhöhung von 161 000 Euro auf den im Änderungsantrag dargestellten Ansatz von 1 590 000 Euro bedeute, da im Haushaltsplanentwurf 1 429 000 Euro aufgeführt seien. Wenn der Verbraucherschutz der Koalition eine Herzensangelegenheit sei, empfehle er, dem Änderungsantrag seiner Fraktion, eine Ansatzserhöhung um 400 000 Euro bezogen auf 1 429 000 Euro vorzunehmen, zuzustimmen. Damit wäre dem Verbraucherschutz richtig geholfen.

Dr. Michael Efler (LINKE) erwidert, die Ansatzserhöhung verdeutliche die Bedeutung für den Verbraucherschutz. Zum Vorwurf, die Energiewende hätte die vielen Energieschuldner verursacht, verweise er darauf, dass das Berliner Abgeordnetenhaus die Energiewende nicht beschlossen habe. Realität sei, dass es in dieser Stadt viele Menschen gebe, die Probleme hätten, die Kosten im Energiebereich zu tragen. Einer weiteren Ansatzserhöhung stünde die Verpflichtung zur Gegenfinanzierung entgegen.

Peter Trapp (CDU) verweist zur Gegenfinanzierung auf den Änderungsantrag Nummer 30 seiner Fraktion.

Dr. Michael Efler (LINKE) entgegnet, aus diesem Änderungsantrag keine Gegenfinanzierung erkennen zu können.

Peter Trapp (CDU) macht noch einmal auf die unterschiedlichen Ursprungsansätze im Haushaltsplanentwurf sowie im Änderungsantrag aufmerksam.

Dr. Michael Efler (LINKE) erklärt, es handle sich um einen Fehler, soweit er dies in der jetzigen Situation überblicke. Es gehe darum, den im gedruckten Haushaltsplanentwurf vorgesehenen Ansatz von 1 429 000 Euro um 161 000 pro Jahr aufzustocken.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag der Fraktion der CDU abzulehnen. Der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Linksfraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird angenommen.

Änderungsantrag Nr. 4, Fraktion der AfD

Ansatz 2018	1 429 000 Euro	+/-
Ansatz 2019	1 429 000 Euro	+/-

b) Die Flüchtlings- oder Migranteneigenschaft begründet keinen gesonderten Förderbedarf im Verbraucherschutz. (verbindliche Erläuterung)

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag abzulehnen.

Titel 68475 – Förderung der Verbraucheraufklärung –

Frage Nr. 97, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Bericht Seite 137 - 139

Keine Wortmeldungen.

Frage Nr. 98 , Fraktion der CDU, Bericht Seite 137 - 139

Keine Wortmeldungen.

Frage Nr. 99, Fraktion der AfD, Bericht Seite 137 - 139

Keine Wortmeldungen.

Änderungsantrag Nr. 3, Fraktion der AfD

Ansatz 2018	520 000 Euro	+/-
Ansatz 2019	520 000 Euro	+/-

b) Die Flüchtlings- oder Migranteneigenschaft begründet keinen gesonderten Förderbedarf im Verbraucherschutz. (verbindliche Erläuterung)

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag abzulehnen.

MG 02

Titel 68304 – Förderung der Tierzucht –

Frage Nr. 100, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Bericht Seite 140 - 141

Keine Wortmeldungen.

Frage Nr. 101, Fraktion der AfD, Bericht Seite 140 - 141

Keine Wortmeldungen.

MG 32

Titel 52536 – Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT –

Frage Nr. 102, Fraktion der CDU, Bericht Seite 142 - 143

Keine Wortmeldungen.

diverse Titel

Frage Nr. 103, Fraktion der CDU, Bericht Seite 144

Keine Wortmeldungen.

**Kapitel 0609 – Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz – Personal-
überhang –**

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten –

Frage Nr. 104, Fraktion der CDU, Bericht Seite 145

Keine Wortmeldungen.

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten –

Frage Nr. 105, Fraktion der CDU, Bericht Seite 145

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0611 – Generalstaatsanwaltschaft

Titel (neu) – Sicherheitsausrüstung für Justizwachtmeister

Änderungsantrag Nr.11, Fraktion der FDP

Ansatz 2018 Etatisierung nicht erfolgt + 7 500 Euro

a) Begründung zum Änderungsantrag

Die steigende Gefahrenlage und die Erhöhung der Anzahl der Gerichtsverfahren führt dazu, dass es unabdingbar ist allen Justizwachtmeistern entsprechende Sicherheitsausrüstung zur Verfügung zu stellen. Pro „Justizwachtmeister“ werden hierbei pauschal 2 500 Euro veranschlagt. Der Erwerb soll im Jahr 2018 erfolgen.

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag abzulehnen.

diverse Titel

Frage Nr. 106, Fraktion der CDU, Bericht Seite 146

Keine Wortmeldungen.

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten –

Frage Nr. 107, Fraktion der CDU, Bericht Seite 147

Keine Wortmeldungen.

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten –

Titel 42811 – Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten –

Frage Nr. 108, Fraktion der CDU, Bericht Seite 148

Keine Wortmeldungen.

Titel 51101 – Geschäftsbedarf –

Änderungsantrag Nr. 33 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2018	280 000 Euro	-25 000 Euro
Ansatz 2019	280 000 Euro	-25 000 Euro

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Titel 68124 – Belohnungen –

Änderungsantrag Nr. 34 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2018:	9 400 Euro	-5 000 Euro
Ansatz 2019:	9 400 Euro	-5 000 Euro

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

**Titel 81260 – KOMSTA-Kommunikation innerhalb der Staatsanwaltschaft –
MG32**

Titel 81240 – KOMSTA-Kommunikation innerhalb der Staatsanwaltschaft –

Frage Nr. 109, Fraktion der CDU, Bericht Seite 149 - 150

Keine Wortmeldungen.

MG32

Titel 81240 – KOMSTA-Kommunikation innerhalb der Staatsanwaltschaft

Frage Nr. 110, Fraktion der FDP, Bericht Seite 149 - 150

Keine Wortmeldungen.

MG 32

Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT –

Frage Nr. 111, Fraktion der CDU, Bericht Seite 151

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0612 – Staatsanwaltschaft

Titel (neu) Sicherheitsausrüstung für die Justizwachtmeister

Änderungsantrag Nr. 12, Fraktion der FDP

Ansatz 2018 Etatisierung nicht erfolgt + 120 000 Euro

a) Begründung zum Änderungsantrag

Die steigende Gefahrenlage und die Erhöhung der Anzahl der Gerichtsverfahren führt dazu, dass es unabdingbar ist allen Justizwachtmeistern entsprechende Sicherheitsausrüstung zur Verfügung zu stellen. Pro „Justizwachtmeister“ werden hierbei pauschal 2 500 Euro veranschlagt. Der Erwerb soll im Jahr 2018 erfolgen.

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag abzulehnen.

Titel 11923 – Einnahmen aus der Abschöpfung von Gewinnen aus Straftaten –

Änderungsantrag Nr. 33, Fraktion der CDU

Ansatz 2018 150 000 Euro + 120 000 Euro

Ansatz 2019 150 000 Euro + 120 000 Euro

a)

Erwartete Mehreinnahmen infolge Gesetzesänderung

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag abzulehnen.

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten –

Frage Nr. 112, Fraktion der CDU, Bericht Seite 152

Keine Wortmeldungen.

Änderungsantrag Nr. 3, Fraktion der CDU

Ansatz 2018	34 902 000 Euro	+ 618.700 Euro
Ansatz 2019	37 105 000 Euro	+ 634.200 Euro

b)

5 zusätzliche Staatsanwälte nebst Unterbau zur Bekämpfung der Cyberkriminalität
gegenfinanziert über Änderungsantrag Nr. 30

Änderungsantrag Nr. 9, Fraktion der FDP

Ansatz 2018	34 902 000 Euro	+ 1 470 000 Euro
Ansatz 2018	37 105 000 Euro	+ 1 470 000 Euro

a) Begründung zum Änderungsantrag

Im jetzigen Haushaltsentwurf der Jahre 2018/2019 ist davon auszugehen, dass insgesamt 20 neue Stellen für Staatsanwälte geschaffen werden sollen (verteilt auf die Haushaltsjahre 2018/ 2019). Dies ist nicht ausreichend. Um alleine die quantitativ gestiegenen Herausforderungen an die Staatsanwaltschaft bewältigen zu können bedarf es zumindest weiterer 25 – schnellstmöglich neu zu schaffender – Staatsanwaltschaftsstellen. Mithin ist ein Aufwuchs in Höhe von 1 470 000 Euro (25 x 58 800 Euro) in den Haushalt 2018 und 2019 einzustellen.

Marcel Luthe (FDP) hebt noch einmal die Bedeutung der dringend notwendigen weiteren Stellen bei der Staatsanwaltschaft hervor. Die Zahl der Verfahren sei dramatisch angestiegen. Um die Mehrbelastung von etwa 15 Prozent abdecken zu können, würden 15 Prozent mehr Staatsanwälte benötigt.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) äußert, die Koalitionen erkenne das Problem. Es werde auch entsprechend gegengesteuert. Der vorgesehene Aufwuchs werde betrachtet. In der laufenden Haushaltswirtschaft werde betrachtet, ob die Erhöhung ausreiche. Er halte es für problematisch, dass nicht versucht worden sei, eine Gegenfinanzierung im Einzelplan zu finden.

Sven Rissmann (CDU) stellt bezüglich der Notwendigkeit einer Gegenfinanzierung aus dem Einzelplan Konsens fest. Seine Fraktion habe sich für die Beratung im Fachausschuss für die Änderungsanträge darauf beschränkt, jeden Vorschlag aus dem Einzelplan gegenzufinanzieren. Insofern sei ein geringerer Ansatz gewählt worden. Wie auch die FDP halte seine Frakti-

on dem Grunde nach ein stärkeres Tätigwerden für erforderlich, was darüber hinaus einzelplanübergreifend im Hauptausschuss auch noch thematisiert werden würde. In diesem Zusammenhang müsse darüber gesprochen werden, ob die bestehende Abordnungspraxis in Berlin sinnvoll sei. Sei es tatsächlich vernünftig, derart viele Richter und Staatsanwälte an andere Behörden abzuordnen, womit sie nicht für Rechtsprechung und Strafverfolgung zur Verfügung stünden? Durch eine Veränderung dieser Abordnungspraxis könnte kurzfristig Personal gehalten werden.

Canan Bayram (GRÜNE) fragt, inwieweit die Unterdeckungsquote zutreffend sei. Welche Bezugsgröße gebe es? Der Ausschuss sollte sich vielleicht grundsätzlich mit den Fallzahlen beschäftigen, weil es teilweise auch Zahlen gebe, die den Sachverhalt anders darstellten.

Sven Rissmann (CDU) erwidert, er könne einerseits auf den Vorsitzenden der Vereinigung der Berliner Staatsanwälte verweisen, der in seinen Äußerungen allerdings nicht Recht haben müsse. Er verweise auf seine schriftlichen Anfragen zu den Nummern 10558 und 10917 jeweils aus dieser Wahlperiode, in denen es beispielsweise um Verfahrenseinstellungen gehe, zum einen die Abwesenheit von Beschuldigten zum anderen den Regelungsbereich der einzelnen Vorschriften betreffend. Aus der Beantwortung ergäben sich deutliche Zuwächse. Es sei Praxis, zu diesem Instrument zu greifen, wenn man aus einer Überlastung heraus nicht mehr in der Lage sei, Verfahren so zu Ende zu führen, wie sie zu Ende geführt werden müssten. Auch komme es immer wieder in Berliner Verfahren dazu, dass beispielsweise Haftsaachen nicht in dem erforderlichen Tempo bearbeitet würden. Die zusätzlich geforderten Staatsanwälte sollten insbesondere die neuen Kriminalitätsphänomene, Stichwort: Cybercrime, erfassen, weil es dort einen erheblichen Nachholbedarf gebe, der auch daraus resultiere, dass es sich um ein neues Kriminalitätsfeld handle und viele vor neue Herausforderungen in der Bearbeitung stelle.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bemerkt, es bestehe in der Thematik grundsätzlich Einigkeit. Der vorgelegte Haushaltsplanentwurf zeige deutlich die Notwendigkeit von Mittelaufwachsen. Ein Mehr sei sicher immer wünschenswert, allerdings müsste es für die im Haushaltsplan etatisierten Stellen auch entsprechendes Personal geben. Er pflichtete bei, dass es zu einer seriösen Haushaltspolitik gehöre, Gegenfinanzierungsvorschläge im Einzelplan zu unterbreiten. Bei dem Gegenfinanzierungsvorschlag in Änderungsantrag Nummer 30 der CDU habe er festgestellt, dass es sich hierbei um nachgeholte Einmaleffekte der Jahre 2015 und 2016 gehandelt habe, bei denen nicht mit Sicherheit klar sei, dass weiterhin von derart hohen Summen ausgegangen werden könne.

Canan Bayram (GRÜNE) bemerkt, offenbar würden hinsichtlich der Zahl der Einstellungen von Verfahren Rückschlüsse auf Überlastungen der Gerichte gezogen. Sei dies zutreffend? Sie halte eine generelle Verständigung über den Ansatz für notwendig, auch im Vergleich mit anderen Bundesländern. Im Vergleich mit anderen Bundesländern sei zu fragen, wann warum Verfahren eingestellt würden, wenn es vergleichsweise niedrige Fallzahlen gebe.

Marcel Luthe (FDP) hält zur Frage der Gegenfinanzierung entgegen, dass er selbst auch Mitglied des Hauptausschusses sei und sich seine Fraktion insofern nicht darauf verlasse, dass die Verwaltung, die vom Parlament Geld erbitte, einen Vorschlag zur Aufteilung unterbreite, sondern die Parteien als Haushaltsgesetzgeber. Insofern könne jederzeit eine andere Schwerpunktsetzung vorgenommen werden. Zu den von Frau Abg. Bayram vorgetragenen Bedenken

zur Zahlenlage verweise er auf zwei Aspekte. Zum einen könne man sich auf Zahlen verlassen. Dann müssten aber auch Herkunft und Zustandekommen der Zahlen betrachtet werden. Bezüglich der Verfahrensdauer stelle sich auch die Frage, ab wann ein Verfahren als begonnen und als abgeschlossen gelte. Ebenfalls sei es ein Aspekt, wie die Zahl der Einstellungen nach § 170 StPO als Quote im Vergleich liege. Diese sei in Berlin relativ hoch. Es wäre demnach theoretisch möglich, eine Verfahrensdauer von nur einem Tag zu erreichen, indem sämtliche Verfahren nach § 170 StPO eingestellt würden. Insofern sage die Frage nach durchschnittlicher Dauer überhaupt nichts über die Qualität aus, wie ein Verfahren bearbeitet worden sei.

Senator Dr. Dirk Behrendt (SenJustVA) führt aus, dass hinsichtlich der Verteilung des Personals und der Bemessung der Aufwüchse des Personals auf die verschiedenen Geschäftsbereiche der Arbeitsanfall betrachtet werde. Entsprechend werde das Personal gesteuert. Ferner werde betrachtet, wie viele Verfahren jeder einzelne bearbeite, auch im Verhältnis zu anderen Bundesländern, und geprüft, ob die Verfahrensdauer zunehme. Auch würden die unerledigten Verfahren betrachtet. Bei Betrachtung dieser Kriterien sei eine deutliche Zunahme der Verfahren bei der Staatsanwaltschaft nicht feststellbar. Bei der Verfahrensdauer habe es eine Verbesserung von 1,6 Monate auf 1,5 Monate gegeben. Die unerledigten Verfahren seien von 43 000 auf 39 000 gesunken. Bei Betrachtung der letzten drei Halbjahre – erstes Halbjahr 2016, zweites Halbjahr 2016, erstes Halbjahr 2017 – ergäben sich folgende Zahlen: Bei den Strafverfahren bei der Staatsanwaltschaft habe es im ersten Quartal 32 702 Verfahren gegeben, insgesamt Straf- und Bußgeldverfahren, derzeit seien es 31 403. Diese Zahlen seien also rückläufig. Bei den Strafverfahren ohne Bußgeldverfahren habe es im ersten Halbjahr 2016 20 788 Verfahren gegeben; im ersten Halbjahr 2017 habe es 20 088 gegeben. Diese Zahlen würden der Personalzumessung zugrunde gelegt. Seine Verwaltung habe sich wegen der Schwerpunktsetzung auf diesen Bereich für einen deutlichen Personalaufwuchs entschieden. Deswegen gebe es 42 Stellen für die Strafverfolgungsbehörden und 22 zusätzliche Staatsanwältinnen und Staatsanwälte.

Vorsitzender Holger Krestel äußert sich in seiner Funktion als Abgeordneter der FDP-Fraktion, die Forderung nach 100 weiteren Staatsanwälten sei eine wünschenswerte Forderung, damit zügig alle anstehenden Verfahren abgearbeitet werden könnten. 25 beantragte Staatsanwälte seien ein Kompromiss, weil am Ende nicht für alle wünschenswerten Stellen Mittel zur Verfügung stünden.

Canan Bayram (GRÜNE) warnt vor einem Überbietungswettbewerb, wer die meisten Stellen fordere. Die Parlamentarier müssten gegenüber der Bevölkerung Rechenschaft ablegen. Dazu müssten auch andere Bundesländer betrachtet werden. Sie rege eine entsprechende Diskussion an.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag der Fraktion der CDU abzulehnen. Sodann wird beschlossen, den Änderungsantrag der Fraktion der FDP abzulehnen.

Titel 51715 – Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements –

Frage Nr. 113, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Bericht Seite 153

Keine Wortmeldungen.

Titel 52703 – Dienstreisen –

Änderungsantrag Nr. 35 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2018	17 500 Euro	-2 000 Euro
Ansatz 2019	17 500 Euro	-2 000 Euro

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Titel 68124 – Belohnungen –

Änderungsantrag Nr. 36 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2018:	9 400 Euro	-5 000 Euro
Ansatz 2019:	9 400 Euro	-5 000 Euro

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

MG 31

Titel 51111 – Geschäftsbedarf für die verfahrensunabhängige IKT –

Frage Nr. 114, Fraktion der CDU, Bericht Seite 154

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0613 – Anwaltschaft

Kapitel 0613 – Anwaltschaft

Titel (neu) Stellanzeige für Anwältinnen und Anwälte im Land Berlin

Änderungsantrag Nr. 8, Fraktion der FDP

Ansatz 2018 Etatisierung	nicht erfolgt	+ 174 414 Euro
Ansatz 2019 Etatisierung	nicht erfolgt	+ 176 367 Euro

a) Begründung zum Änderungsantrag

Die Amtsanwältinnen und Amtsanwälte bearbeiten bei einer Personalunterdeckungsquote von rd. 29,5 Prozent (zum Vergleich StA: 9,5 Prozent) rd. 65 Prozent der Ermittlungsverfahren in Berlin (Information des DAV e.V.).

Allein diese Zahlen zeigen auf, dass es sich bei den Amtsanwältinnen und Amtsanwälten um eine unschätzbare Ressource für die Berliner Justiz handelt. Dies muss entsprechend gewürdigt werden. Vor diesem Hintergrund verwundert es sehr, dass (anders als in anderen Bundesländern) den Amtsanwältinnen und Amtsanwälten in Berlin keine Zulage gewährt wird (hierbei ist im Jahr 2017 noch genügend Zeit eine entsprechende Rechtsgrundlage für die Jahre 2018/ 2019 zu schaffen).

Die allgemeine Stellenzulage für Beamte des gehobenen Dienstes beträgt 81,38 Euro (pro Beamten und Monat). Im Jahr 2018 ist von 168,6 Amtsanwaltsstellen und im Jahr 170,6 Amtsanwaltsstellen auszugehen. Entsprechend dem vorstehenden Änderungsantrag sollen 10 weitere Amtsanwaltsstellen geschaffen werden. Mithin beläuft sich der Mittelaufwuchs für das Haushaltsjahr 2018 auf 174 414 Euro und für das Haushaltsjahr 2019 auf 176 367 Euro.

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag abzulehnen.

Titel (neu) Sicherheitsausrüstung für die Justizwachtmeister

Änderungsantrag Nr. 13, Fraktion der FDP

Ansatz 2018 Etatisierung nicht erfolgt + 20 000 Euro

a) Begründung zum Änderungsantrag

Die steigende Gefahrenlage und die Erhöhung der Anzahl der Gerichtsverfahren führt dazu, dass es unabdingbar ist allen Justizwachtmeistern entsprechende Sicherheitsausrüstung zur Verfügung zu stellen. Pro „Justizwachtmeister“ werden hierbei pauschal 2 500 Euro veranschlagt. Der Erwerb soll im Jahr 2018 erfolgen.

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag abzulehnen.

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten –

Frage Nr. 115, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Bericht Seite 155

Keine Wortmeldungen.

Frage Nr. 116, Fraktion der CDU, Bericht Seite 156 - 157

Keine Wortmeldungen.

Änderungsantrag Nr. 1, Fraktion der CDU

Ansatz 2018 7 017 000 Euro + 583 100 Euro
Ansatz 2019 7 303 000 Euro + 597 700 Euro

a)

steigende Bevölkerungszahl; Vermögensabschöpfung verlangt Vorarbeit, hohe Einstellungszahl, hoher Krankenstand infolge hoher Arbeitsbelastung

b) 5 zusätzliche Amtsanwälte/Amtsanwältinnen nebst personellem Unterbau

gegenfinanziert über Änderungsantrag Nr. 30

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag abzulehnen.

Änderungsantrag Nr. 7, Fraktion der FDP

Ansatz 2018 7 017 000 Euro + 500 000 Euro
Ansatz 2019 7 303 000 Euro + 450 000 Euro

a) Begründung zum Änderungsantrag

Die Amtsanwältinnen und Amtsanwälte bearbeiten bei einer Personalunterdeckungsquote von rd. 29,5 Prozent (zum Vergleich StA: 9,5 Prozent) rd. 65 Prozent der Ermittlungsverfahren in Berlin (Information des DAV e.V.).

Alleine diese Zahlen zeigen auf, dass es sich bei den Amtsanwältinnen und Amtsanwälten um eine unschätzbare Ressource für die Berliner Justiz handelt.

Es gilt die Personalunterdeckungsquote weiter abzubauen. Vor diesem Hintergrund bedarf es der Schaffung von 10 weiteren Amtsanwaltsstellen im Jahr 2018.

Die Besoldung der Amtsanwälte richtet sich grundsätzlich nach der Eingruppierung A12. Dies entspricht (gemittelt) 45 000 Euro pro Amtsanwaltsstelle. Für das Haushaltsjahr 2018 sind weitere 5 000 Euro als Einrichtungspauschale anzusetzen.

Mithin ergibt sich für das Jahr 2018 ein Aufwuchs von 500 000 Euro und für das Jahr 2019 ein Aufwuchs von 450 000 Euro.

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag abzulehnen.

Änderungsantrag Nr. 2, Fraktion der CDU

Ansatz 2018 0 Euro + 40 000 Euro
Ansatz 2019 0 Euro + 40 000 Euro

b)

Einstellung von Mitteln zur Gewährung der allgemeinen Stellenzulage für
Amtsanwälte (70 Euro pro Kopf im Monat)

gegenfinanziert über Änderungsantrag Nr. 30

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag abzulehnen.

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten –

Frage Nr. 117, Fraktion der CDU, Bericht Seite 158

Keine Wortmeldungen.

diverse Titel – Stellenzulage

Frage Nr. 118, Fraktion der CDU, Bericht Seite 159

Sven Rissmann (CDU) verweist auf die Beantwortung. Die Senatsverwaltung stelle sich auf den Standpunkt, dass die Stellenzulage aus Rechtsgründen nicht gewährt werden könne. Ihm seien auch andere Auffassungen bekannt. Der Senat habe mitgeteilt zu prüfen, ob eine entsprechende Gesetzesänderung eingebracht werden könne. Gebe es ein Ergebnis der Prüfung?

Senator Dr. Dirk Behrendt (SenJustVA) stellt anheim, über eine solche zu diskutieren. Die Prüfung sei noch nicht abgeschlossen. Es sei zeitnah damit zu rechnen – Frage des Abg. **Sven Rissmann** (CDU), wann die Prüfung beendet sei.

diverse Titel übergreifend

Frage (neu), Fraktion der FDP, Bericht Seite 357

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0615 – Kammergericht

Titel (neu) Sicherheitsausrüstung für die Justizwachtmeister

Änderungsantrag Nr. 14, Fraktion der FDP

Ansatz 2018 Etatisierung nicht erfolgt + 77 500 Euro

a) Begründung zum Änderungsantrag

Die steigende Gefahrenlage und die Erhöhung der Anzahl der Gerichtsverfahren führt dazu, dass es unabdingbar ist allen Justizwachtmeistern entsprechende Sicherheitsausrüstung zur Verfügung zu stellen. Pro „Justizwachtmeister“ werden hierbei pauschal 2 500 Euro veranschlagt. Der Erwerb soll im Jahr 2018 erfolgen.

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag abzulehnen.

Titel 23101 – Ersatz von Ausgaben durch den Bund –

Frage Nr. 119, Fraktion der CDU, Bericht Seite 160

Keine Wortmeldungen.

Frage Nr. 120, Fraktion der AfD, Bericht Seite 160

Keine Wortmeldungen.

Änderungsantrag Nr. 32, Fraktion der CDU

Ansatz 2018	50 000 Euro	+ 1 000 000 Euro
Ansatz 2019	50 000 Euro	+ 1 000 000 Euro

a)
IST-Anpassung 2016

Gegenfinanzierung zu Änderungsantrag Nr. 4

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag abzulehnen.

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten –

Frage Nr. 121, Fraktion der CDU, Bericht Seite 161

Keine Wortmeldungen.

Titel 42202 – Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen –

Frage Nr. 122, Fraktion der CDU, Bericht Seite 162

Keine Wortmeldungen.

Titel 42221 – Bezüge der Anwärter/innen –

Frage Nr. 123, Fraktion der CDU, Bericht Seite 163

Keine Wortmeldungen.

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten –

Frage Nr.124, Fraktion der CDU, Bericht Seite 164

Keine Wortmeldungen.

Titel 42821 – Ausbildungsentgelte (Tarifbeschäftigte) –

Frage Nr. 125, Fraktion der CDU, Bericht Seite 165

Keine Wortmeldungen.

Titel 51143 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensunabhängige IKT – (MG 31)

Änderungsantrag Nr. 38 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2018	94 000 Euro	+20 000 Euro
Ansatz 2019	94 000 Euro	+20 000 Euro

b) Verbindliche Erläuterungen:

“Die zusätzlichen Mittel in Höhe von 20 000 Euro in 2018 und in 2019 sind zur Erneuerung der Faxserver an den Standorten Tegel und Littenstraße zu verwenden.”

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Titel 51801 – Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume –

Frage Nr. 126, Fraktion der CDU, Bericht Seite 166

Keine Wortmeldungen.

Frage Nr. 127, Fraktion der FDP, Bericht Seite 66

Keine Wortmeldungen.

Änderungsantrag Nr. 37 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2018: 158 000 Euro	-100 000 Euro
Ansatz 2019: 158 000 Euro	-100 000 Euro

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Titel 51802 – Mieten für Fahrzeuge –

Änderungsantrag Nr. 39 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2018	10 000 Euro	-5 000 Euro
Ansatz 2019	10 000 Euro	-5 000 Euro

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Titel 51925 – Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements

Frage Nr. 128, Fraktion der CDU, Bericht Seite 167

Keine Wortmeldungen.

Änderungsantrag Nr. 40 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2018: 152 000 Euro	-20 000 Euro
Ansatz 2019: 164 000 Euro	-20 000 Euro

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Titel 52501 – Aus- und Fortbildung –

Frage Nr. 129, Fraktion der CDU, Bericht Seite 168 - 169

Keine Wortmeldungen.

Frage Nr. 130, Fraktion der FDP, Bericht Seite 168 - 169

Keine Wortmeldungen.

Änderungsantrag Nr. 41 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2018: 80 000 Euro	-10 000 Euro
Ansatz 2019: 80 000 Euro	-10 000 Euro

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

kapitelübergreifend
Titel 52601 – Gerichts- und ähnliche Kosten –

Frage Nr. 131, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Bericht Seite 170 - 172

Keine Wortmeldungen.

Titel 54002 – Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung) –

Frage Nr. 132, Fraktion der FDP, Bericht Seite 173

Keine Wortmeldungen.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Änderungsantrag Nr. 42 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2018: 170 000 Euro	-50 000 Euro
Ansatz 2019: 120 000 Euro	-10 000 Euro

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Titel 54053 – Veranstaltungen –

Änderungsantrag Nr. 43 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2018: 9 000 Euro	-3 000 Euro
Ansatz 2019: 9 000 Euro	-3 000 Euro

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

MG31

Titel 81276 – Informationsmanagement in der Ordentlichen Gerichtsbarkeit (Masterplan IMOG) –

Frage Nr. 133, Fraktion der CDU, Bericht Seite 174 - 176

Keine Wortmeldungen.

Frage Nr. 134, Fraktion der FDP, Bericht Seite 174 - 176

Keine Wortmeldungen.

Frage Nr. 135, Fraktion der FDP, Bericht Seite 174 - 176

Keine Wortmeldungen.

Änderungsantrag Nr. 44 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2018: 2 350 000 Euro	+/-0 Euro
Ansatz 2019: 2 600 000 Euro	-55 000 Euro

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

MG 31

Titel 81289 – Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrens-unabhängige IKT –

Frage Nr. 136, Fraktion der FDP, Bericht Seite 177

Keine Wortmeldungen.

MG 32

Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT –

Frage Nr. 137, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Bericht Seite 178

Keine Wortmeldungen.

MG 32

Titel 81254 – Informationsmanagement in der Ordentlichen Gerichtsbarkeit (Masterplan IMOG) –

Frage Nr.138, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Bericht Seite 179 - 180

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0616 – Landgericht

Titel (neu) Sicherheitsausrüstung für Justizwachtmeister

Änderungsantrag Nr. 15, Fraktion der FDP

Ansatz 2018 Etatisierung nicht erfolgt + 135 000 Euro

a) Begründung zum Änderungsantrag

Die steigende Gefahrenlage und die Erhöhung der Anzahl der Gerichtsverfahren führt dazu, dass es unabdingbar ist allen Justizwachtmeistern entsprechende Sicherheitsausrüstung zur Verfügung zu stellen. Pro „Justizwachtmeister“ werden hierbei pauschal 2 500 Euro veranschlagt. Der Erwerb soll im Jahr 2018 erfolgen.

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag abzulehnen.

diverse Titel

Frage Nr. 139, Fraktion der CDU, Bericht Seite 181

Keine Wortmeldungen.

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten –

Frage Nr. 140, Fraktion der CDU, Bericht Seite 182 - 183

Keine Wortmeldungen.

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten –

Titel 42811 – Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten –

Frage (neu), Fraktion der CDU, Bericht Seite 353

Sven Rissmann (CDU) bemerkt, es finde sich lediglich ein kurzer Hinweis darauf, dass stellenwirtschaftliche Vorsorge für eine etwaige Aufteilung des Landgerichts in bis zu drei Landgerichten getroffen werden solle. Gebe es schon eine Entscheidung darüber, wie das Landgericht in Zukunft in Berlin aufgestellt würde?

Senator Dr. Dirk Behrendt (SenJustVA) führt aus, es gebe auch deshalb noch keine Entscheidung darüber, weil die Schaffung eines reinen Strafgerichts bzw. ein Landgericht, welches nur Strafsachen bearbeite, eine Änderung von Bundesgesetzen erfordere. Derzeit sei nicht absehbar ob und wann dies geschehe. Die Diskussion laufe. Es sei noch keine Entscheidung getroffen, ob es überhaupt eine Veränderung gebe. Wichtig sei ihm dabei die Position der Beschäftigten.

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten –

Änderungsantrag Nr. 18, Fraktion der CDU

Ansatz 2018	7.824 000 Euro	+ 63 000 Euro
Ansatz 2019	8 065 000 Euro	+ 63 000 Euro

- b)
Gewährung der Sicherungszulage für alle Justizwachtmeister
gegenfinanziert über Änderungsantrag Nr. 30

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag abzulehnen.

Titel 42202 – Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen –

Frage Nr.141, Fraktion der CDU, Bericht Seite 184

Keine Wortmeldungen.

Änderungsantrag Nr. 31, Fraktion der CDU

Ansatz 2018	26 545 000 Euro	+ 0 Euro
Ansatz 2019	28 426 000 Euro	- 232 000 Euro

- a)
Streichung von 2 Präsidentenstellen in 2019

Gegenfinanzierung zu den Änderungsanträge 25 und 28

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag abzulehnen.

Frage (neu), Fraktion der CDU, Bericht Seite 351 - 352

Keine Wortmeldungen.

Titel 42811 – Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten –

Frage Nr. 142, Fraktion der CDU, Bericht Seite 185

Keine Wortmeldungen.

**Kapitel 0616 – Landgericht
diverse**

Titel 44379 – Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte –

Frage Nr. 143, Fraktion der CDU, Bericht Seite 186 - 187

Keine Wortmeldungen.

Titel 51820 – Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management –

Frage Nr. 144, Fraktion der CDU, Bericht Seite 188

Keine Wortmeldungen.

Titel 51925 – Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements

Frage Nr. 145, Fraktion der CDU, Bericht Seite 189 - 190

Keine Wortmeldungen.

Frage (neu), Fraktion der CDU, Bericht Seite 354

Keine Wortmeldungen.

Änderungsantrag Nr. 45 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2018	900 000 Euro	-50 000 Euro
Ansatz 2019	750 000 Euro	-50 000 Euro

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Titel 54002 – Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung) –

Frage Nr. 146, Fraktion der CDU, Bericht Seite 191

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0619 – Amtsgericht Charlottenburg
Titel (neu) Sicherheitsausrüstung für Justizwachtmeister

Änderungsantrag Nr. 16, Fraktion der FDP

Ansatz 2018 Etatisierung nicht erfolgt + 37 500 Euro

a) Begründung zum Änderungsantrag

Die steigende Gefahrenlage und die Erhöhung der Anzahl der Gerichtsverfahren führt dazu, dass es unabdingbar ist allen Justizwachtmeistern entsprechende Sicherheitsausrüstung zur Verfügung zu stellen. Pro „Justizwachtmeister“ werden hierbei pauschal 2 500 Euro veranschlagt. Der Erwerb soll im Jahr 2018 erfolgen.

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag abzulehnen.

diverse Kapitel
Titel 51101 – Geschäftsbedarf –

Frage Nr. 147, Fraktion der CDU, Bericht Seite 192

Keine Wortmeldungen.

diverse Titel

Frage Nr. 148, Fraktion der CDU, Bericht Seite 193

Keine Wortmeldungen.

**Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten –
Sicherungszulage Justizwachtmeisterdienst; Gerichtsvollzieher**

Änderungsantrag Nr. 20, Fraktion der CDU

Ansatz 2018	9 076 000 Euro	+ 72 200 Euro
Ansatz 2019	9 651 000 Euro	+ 73 575 Euro

b)

Gewährung der Sicherungszulage für alle Justizwachtmeister; Schaffung einer zusätzlichen Gerichtsvollzieherstelle (A8)

gegenfinanziert über Änderungsantrag Nr. 30

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag abzulehnen.

Titel 42202 – Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen –

Frage Nr. 149, Fraktion der CDU, Bericht Seite 194

Keine Wortmeldungen.

Titel 42811 – Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten –

Frage Nr. 150, Fraktion der CDU, Bericht Seite 195

Keine Wortmeldungen.

Titel 51101 – Geschäftsbedarf –

Änderungsantrag Nr. 46 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2018: 560 000 Euro	-35 000 Euro
Ansatz 2019: 560 000 Euro	-35 000 Euro

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

**Kapitel 0619 – Amtsgericht Charlottenburg
diverse Kapitel**

Titel 51715 – Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements –

Frage Nr. 151, Fraktion der CDU, Bericht Seite 196

Keine Wortmeldungen.

Titel 51925 – Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements

Frage Nr. 152, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Bericht Seite 197 - 198

Keine Wortmeldungen.

Frage Nr. 153, Fraktion der CDU, Bericht Seite 197 - 198

Keine Wortmeldungen.

Änderungsantrag Nr. 47 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2018: 110 000 Euro	-50 000 Euro
Ansatz 2019: 110 000 Euro	-50 000 Euro

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Kapitel 0621 – Amtsgericht Köpenick
Titel (neu) Sicherheitsausrüstung für Justizwachtmeister

Änderungsantrag Nr. 17, Fraktion der FDP

Ansatz 2018	Etatisierung	nicht erfolgt	+ 27 500 Euro
-------------	--------------	---------------	---------------

a) Begründung zum Änderungsantrag
Die steigende Gefahrenlage und die Erhöhung der Anzahl der Gerichtsverfahren führt dazu, dass es unabdingbar ist allen Justizwachtmeistern entsprechende Sicherheitsausrüstung zur Verfügung zu stellen. Pro „Justizwachtmeister“ werden hierbei pauschal 2 500 Euro veranschlagt. Der Erwerb soll im Jahr 2018 erfolgen.

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag abzulehnen.

Titel 11903 – Schadenersatzleistungen, Vertragsstrafen –

Frage Nr. 154, Fraktion der CDU, Bericht Seite 199

Keine Wortmeldungen.

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten –

Frage Nr. 155, Fraktion der CDU, Bericht Seite 200

Keine Wortmeldungen.

Sicherungszulage Justizwachtmeisterdienst

Änderungsantrag Nr. 21, Fraktion der CDU

Ansatz 2018	3 556 000 Euro	+ 68 000 Euro
Ansatz 2019	3 728 000 Euro	+ 69 375 Euro

b)

Gewährung der Sicherungszulage für alle Justizwachtmeister
gegenfinanziert über Änderungsantrag Nr. 30

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag abzulehnen.

Titel 42202 – Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen –

Frage Nr. 156, Fraktion der CDU, Bericht Seite 201

Keine Wortmeldungen.

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten –

Frage Nr. 157, Fraktion der CDU, Bericht Seite 202

Keine Wortmeldungen.

Titel 51101 – Geschäftsbedarf –

Änderungsantrag Nr. 48 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2018: 225 000 Euro	-55 000 Euro
Ansatz 2019: 225 000 Euro	-55 000 Euro

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Titel 67102 – Ersatz von Barauslagen –

Frage Nr. 158, Fraktion der CDU, Bericht Seite 203

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0622 – Amtsgericht Lichtenberg
Titel (neu) Sicherheitsausrüstung für Justizwachtmeister

Änderungsantrag Nr. 18, Fraktion der FDP

Ansatz 2018 Etatisierung nicht erfolgt + 27 500 Euro

a) Begründung zum Änderungsantrag

Die steigende Gefahrenlage und die Erhöhung der Anzahl der Gerichtsverfahren führt dazu, dass es unabdingbar ist allen Justizwachtmeistern entsprechende Sicherheitsausrüstung zur Verfügung zu stellen. Pro „Justizwachtmeister“ werden hierbei pauschal 2 500 Euro veranschlagt. Der Erwerb soll im Jahr 2018 erfolgen.

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag abzulehnen.

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten –

Frage Nr. 159, Fraktion der CDU, Bericht Seite 204

Keine Wortmeldungen.

Sicherungszulage Justizwachtmeisterdienst

Änderungsantrag Nr. 22, Fraktion der CDU

Ansatz 2018 6 949 000 Euro + 68 000 Euro
Ansatz 2019 7 199 000 Euro + 69 375 Euro

b)

Gewährung der Sicherungszulage für alle Justizwachtmeister; Schaffung einer zusätzlichen Gerichtsvollzieherstelle (A8)

gegenfinanziert über Änderungsantrag Nr. 30

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag abzulehnen.

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten –

Frage Nr. 160, Fraktion der CDU, Bericht Seite 205

Keine Wortmeldungen.

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten –

Frage Nr. 161, Fraktion der CDU, Bericht Seite 206

Keine Wortmeldungen.

Titel 42811 – Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten –

Frage Nr. 162, Fraktion der CDU, Bericht Seite 207

Keine Wortmeldungen.

Titel 51101 – Geschäftsbedarf –

Änderungsantrag Nr. 49 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2018: 360 000 Euro	-30 000 Euro
Ansatz 2019: 360 000 Euro	-30 000 Euro

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Titel 51140 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände –

Änderungsantrag Nr. 50 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2018	25 000 Euro	+20 000 Euro
Ansatz 2019	25 000 Euro	+/- 0 Euro

b) Verbindliche Erläuterungen:

“Die zusätzlichen Mittel sind zur Einrichtung eines Digitalen Gerichtssaals für allgemeine Zivilsachen (Steckdosen, WLAN, Beamer, Dokumentenscanner etc.) zu verwenden.”

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Titel 51925 – Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements

Frage Nr. 163, Fraktion der CDU, Bericht Seite 208 - 209

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0623 – Amtsgericht Mitte
Titel (neu) Sicherheitsausrüstung für Justizwachtmeister

Änderungsantrag Nr. 19, Fraktion der FDP

Ansatz 2018 Etatisierung nicht erfolgt + 20 000 Euro

a) Begründung zum Änderungsantrag
Die steigende Gefahrenlage und die Erhöhung der Anzahl der Gerichtsverfahren führt dazu, dass es unabdingbar ist allen Justizwachtmeistern entsprechende Sicherheitsausrüstung zur Verfügung zu stellen. Pro „Justizwachtmeister“ werden hierbei pauschal 2 500 Euro veranschlagt. Der Erwerb soll im Jahr 2018 erfolgen.

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag abzulehnen.

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten –

Frage Nr. 164, Fraktion der CDU, Bericht Seite 210

Keine Wortmeldungen.

Sicherungszulage Justizwachtmeisterdienst; Gerichtsvollzieher

Änderungsantrag Nr. 23, Fraktion der CDU

Ansatz 2018	7 061 000 Euro	+ 65 000 Euro
Ansatz 2019	7 332 000 Euro	+ 66 375 Euro

b)
Gewährung der Sicherungszulage für alle Justizwachtmeister; Schaffung einer zusätzlichen Gerichtsvollzieherstelle (A8)

gegenfinanziert über Änderungsantrag Nr. 30

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag abzulehnen.

Titel 42202 – Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen –

Frage Nr. 165, Fraktion der CDU, Bericht Seite 211

Keine Wortmeldungen.

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten –

Frage Nr. 166, Fraktion der CDU, Bericht Seite 212

Keine Wortmeldungen.

Titel 51140 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände –

Änderungsantrag Nr. 51 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2018	30 000 Euro	+/-0 Euro
Ansatz 2019	30 000 Euro	+20 000 Euro

b) Verbindliche Erläuterungen:

“Die zusätzlichen Mittel sind zur Einrichtung eines Digitalen Gerichtssaals für Verkehrssachen (Steckdosen, WLAN, Beamer, Dokumentenscanner etc.) zu verwenden.”

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Kapitel 0624 – Amtsgericht Neukölln

Titel (neu) Sicherheitsausrüstung für Justizwachtmeister

Änderungsantrag Nr. 20, Fraktion der FDP

Ansatz 2018	Etatisierung	nicht erfolgt	+ 20 000 Euro
-------------	--------------	---------------	---------------

a) Begründung zum Änderungsantrag

Die steigende Gefahrenlage und die Erhöhung der Anzahl der Gerichtsverfahren führt dazu, dass es unabdingbar ist allen Justizwachtmeistern entsprechende Sicherheitsausrüstung zur Verfügung zu stellen. Pro „Justizwachtmeister“ werden hierbei pauschal 2 500 Euro veranschlagt. Der Erwerb soll im Jahr 2018 erfolgen.

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag abzulehnen.

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten –

Frage Nr. 167, Fraktion der CDU, Bericht Seite 213

Keine Wortmeldungen.

Sicherungszulage Justizwachtmeisterdienst; Gerichtsvollzieher

Änderungsantrag Nr. 24 , Fraktion der CDU

Ansatz 2018	4 447 000 Euro	+ 65 000 Euro
Ansatz 2019	4 590 000 Euro	+ 66 375 Euro

b)

Gewährung der Sicherungszulage für alle Justizwachtmeister; Schaffung einer zusätzlichen Gerichtsvollzieherstelle (A8)

gegenfinanziert über Änderungsantrag Nr. 30

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag abzulehnen.

Titel 42202 – Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen –

Frage Nr. 168, Fraktion der CDU, Bericht Seite 214

Keine Wortmeldungen.

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten –

Frage Nr. 169, Fraktion der CDU, Bericht Seite 215

Keine Wortmeldungen.

Titel 51101 – Geschäftsbedarf –

Änderungsantrag Nr. 52 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2018: 215 000 Euro	-5 000 Euro
Ansatz 2019: 215 000 Euro	-5 000 Euro

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Titel 51925 – Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements

Frage Nr. 170, Fraktion der CDU, Bericht Seite 216

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0625 – Amtsgericht Pankow–Weißensee
Titel (neu) Sicherheitsausrüstung für Justizwachtmeister

Änderungsantrag Nr. 21, Fraktion der FDP

Ansatz 2018 Etatisierung nicht erfolgt + 42 500 Euro

a) Begründung zum Änderungsantrag

Die steigende Gefahrenlage und die Erhöhung der Anzahl der Gerichtsverfahren führt dazu, dass es unabdingbar ist allen Justizwachtmeistern entsprechende Sicherheitsausrüstung zur Verfügung zu stellen. Pro „Justizwachtmeister“ werden hierbei pauschal 2 500 Euro veranschlagt. Der Erwerb soll im Jahr 2018 erfolgen.

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag abzulehnen.

Titel 11912 – Rückzahlung von Prozess- und Verfahrenskostenhilfe –

Frage Nr. 171, Fraktion der CDU, Bericht Seite 217

Keine Wortmeldungen.

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten –

Frage Nr. 172, Fraktion der CDU, Bericht Seite 218

Keine Wortmeldungen.

Änderungsantrag Nr. 25, Fraktion der CDU

Ansatz 2018	3 758 000 Euro	+ 55 000 Euro
Ansatz 2019	3 897 000 Euro	+ 56 375 Euro

b)

Schaffung einer zusätzlichen Gerichtsvollzieherstelle (A8)

gegenfinanziert über Änderungsantrag Nr. 30

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag abzulehnen.

Titel 42202 – Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen –

Frage Nr. 173, Fraktion der CDU, Bericht Seite 219

Keine Wortmeldungen.

Frage Nr. 174, Fraktion der CDU, Bericht Seite 220

Keine Wortmeldungen.

Titel 51101 – Geschäftsbedarf –

Änderungsantrag Nr. 53 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2018: 440 000 Euro	-10 000 Euro
Ansatz 2019: 440 000 Euro	-10 000 Euro

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Titel 51140 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände –

Frage Nr. 175, Fraktion der CDU, Bericht Seite 221

Keine Wortmeldungen.

Titel 51715 – Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements –

Frage Nr. 176, Fraktion der CDU, Bericht Seite 222

Keine Wortmeldungen.

Titel 51925 – Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements

Frage Nr. 177, Fraktion der CDU, Bericht Seite 223

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0626 – Amtsgericht Schöneberg
Titel (neu) Sicherheitsausrüstung für Justizwachtmeister

Änderungsantrag Nr. 22, Fraktion der FDP

Ansatz 2018 Etatisierung nicht erfolgt + 50 000 Euro

a) Begründung zum Änderungsantrag
Die steigende Gefahrenlage und die Erhöhung der Anzahl der Gerichtsverfahren führt dazu, dass es unabdingbar ist allen Justizwachtmeistern entsprechende Sicherheitsausrüstung zur Verfügung zu stellen. Pro „Justizwachtmeister“ werden hierbei pauschal 2 500 Euro veranschlagt. Der Erwerb soll im Jahr 2018 erfolgen.

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag abzulehnen.

Titel 11979 – Verschiedene Einnahmen –

Frage Nr. 178, Fraktion der CDU, Bericht Seite 224

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0626 – Amtsgericht Schöneberg
Kapitel 0627 – Amtsgericht Spandau
Kapitel 0628 – Amtsgericht Tempelhof–Kreuzberg
Kapitel 0651 – Sozialgericht
Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten –

Frage Nr. 179, Fraktion der CDU, Bericht Seite 225 - 226

Keine Wortmeldungen.

Sicherungszulage Justizwachtmeisterdienst; Gerichtsvollzieher

Änderungsantrag Nr. 26, Fraktion der CDU

Ansatz 2018 7 737 000 Euro + 78 000 Euro
Ansatz 2019 8 089 000 Euro + 79 375 Euro

b) Gewährung der Sicherungszulage für alle Justizwachtmeister; Schaffung einer zusätzlichen Gerichtsvollzieherstelle (A8)

gegenfinanziert über Änderungsantrag Nr. 33

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag abzulehnen.

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten –

Frage Nr. 180, Fraktion der CDU, Bericht Seite 227

Keine Wortmeldungen.

Titel 42811 – Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten –

Frage Nr. 181, Fraktion der CDU, Bericht Seite 228

Keine Wortmeldungen.

Titel 51101 – Geschäftsbedarf –

Änderungsantrag Nr. 54 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2018: 440 000 Euro	-20 000 Euro
Ansatz 2019: 440 000 Euro	-20 000 Euro

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Titel 51715 – Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements –

Frage Nr. 182, Fraktion der CDU, Bericht Seite 229

Keine Wortmeldungen.

Titel 51925 – Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements

Frage Nr. 183, Fraktion der CDU, Bericht Seite 230

Keine Wortmeldungen.

Titel 54002 – Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung) –

Frage Nr. 184, Fraktion der CDU, Bericht Seite 231

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0627 – Amtsgericht Spandau
Titel (neu) Sicherheitsausrüstung für Justizwachtmeister

Änderungsantrag Nr. 23, Fraktion der FDP

Ansatz 2018 Etatisierung nicht erfolgt + 32 500 Euro

a) Begründung zum Änderungsantrag

Die steigende Gefahrenlage und die Erhöhung der Anzahl der Gerichtsverfahren führt dazu, dass es unabdingbar ist allen Justizwachtmeistern entsprechende Sicherheitsausrüstung zur Verfügung zu stellen. Pro „Justizwachtmeister“ werden hierbei pauschal 2 500 Euro veranschlagt. Der Erwerb soll im Jahr 2018 erfolgen.

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag abzulehnen.

Titel 11979 – Verschiedene Einnahmen –

Frage Nr. 185, Fraktion der CDU, Bericht Seite 232

Keine Wortmeldungen.

**Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten –
Sicherungszulage Justizwachtmeisterdienst; Gerichtsvollzieher**

Änderungsantrag Nr. 27, Fraktion der CDU

Ansatz 2018 5 654 000 Euro + 70 000 Euro
Ansatz 2019 5 814 000 Euro + 71 375 Euro

b)

Gewährung der Sicherungszulage für alle Justizwachtmeister; Schaffung einer zusätzlichen Gerichtsvollzieherstelle (A8)

gegenfinanziert über Änderungsantrag Nr. 30 und 33

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag abzulehnen.

Titel 42202 – Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen –

Frage Nr. 186, Fraktion der CDU, Bericht Seite 233

Keine Wortmeldungen.

Titel 42811 – Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten –

Frage Nr. 187, Fraktion der CDU, Bericht Seite 234

Keine Wortmeldungen.

**Kapitel 0628 – Amtsgericht Tempelhof–Kreuzberg
Titel (neu) Sicherheitsausrüstung für Justizwachtmeister**

Änderungsantrag Nr. 24, Fraktion der FDP

Ansatz 2018 Etatisierung nicht erfolgt + 72 500 Euro

a) Begründung zum Änderungsantrag
Die steigende Gefahrenlage und die Erhöhung der Anzahl der Gerichtsverfahren führt dazu, dass es unabdingbar ist allen Justizwachtmeistern entsprechende Sicherheitsausrüstung zur Verfügung zu stellen. Pro „Justizwachtmeister“ werden hierbei pauschal 2 500 Euro veranschlagt. Der Erwerb soll im Jahr 2018 erfolgen.

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag abzulehnen.

**Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten –
Sicherungszulage Justizwachtmeisterdienst; Gerichtsvollzieher**

Änderungsantrag Nr. 28, Fraktion der CDU

Ansatz 2018 9 555 000 Euro + 55 000 Euro
Ansatz 2019 9 839 000 Euro + 56 375 Euro

b)
Schaffung einer zusätzlichen Gerichtsvollzieherstelle (A8)

gegenfinanziert über Änderungsantrag Nr. 31

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag abzulehnen.

Titel 42202 – Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen –

Frage Nr.188, Fraktion der CDU, Bericht Seite 235

Keine Wortmeldungen.

Titel 51101 – Geschäftsbedarf –

Änderungsantrag Nr. 55 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2018: 570 000 Euro	-25 000 Euro
Ansatz 2019: 570 000 Euro	-25 000 Euro

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Titel 51140 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände –

Frage Nr. 189, Fraktion der CDU, Bericht Seite 236 - 237

Keine Wortmeldungen.

Titel 51925 – Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements

Frage Fraktion der CDU, Bericht Seite 236 - 237

Keine Wortmeldungen.

Änderungsantrag Nr. 56 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2018	69 100 Euro	+/-0 Euro
Ansatz 2019	99 100 Euro	-30 000 Euro

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Kapitel 0630 – Amtsgericht Tiergarten
Titel (neu) Sicherheitsausrüstung für Justizwachtmeister

Änderungsantrag Nr. 25, Fraktion der FDP

Ansatz 2018 Etatisierung nicht erfolgt + 692 500 Euro

a) Begründung zum Änderungsantrag
Die steigende Gefahrenlage und die Erhöhung der Anzahl der Gerichtsverfahren führt dazu, dass es unabdingbar ist allen Justizwachtmeistern entsprechende Sicherheitsausrüstung zur Verfügung zu stellen. Pro „Justizwachtmeister“ werden hierbei pauschal 2 500 Euro veranschlagt. Der Erwerb soll im Jahr 2018 erfolgen.

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag abzulehnen.

Titel 11930 – Hinterlegungen –

Frage Nr. 190, Fraktion der CDU, Bericht Seite 238

Keine Wortmeldungen.

Änderungsantrag Nr. 30, Fraktion der CDU

Ansatz 2018	10 000 000 Euro	+ 4 000 000 Euro
Ansatz 2019	10 000 000 Euro	+ 4 000 000 Euro

a)
IST-Anpassung 2016

Gegenfinanzierung zu Änderungsantrag Nr. 1-24, 26, 27

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag abzulehnen.

Titel 42202 – Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen –

Frage Nr. 191, Fraktion der CDU, Bericht Seite 239

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0630 – Amtsgericht Tiergarten
Kapitel 0631 – Amtsgericht Wedding
Kapitel 0642 – Verwaltungsgericht
Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten –

Frage Nr. 192, Fraktion der CDU, Bericht Seite 240

Keine Wortmeldungen.

Titel 42811 – Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten –

Frage Nr. 193, Fraktion der CDU, Bericht Seite 241

Keine Wortmeldungen.

**Titel 51408 – Dienst- und Schutzkleidung –
Sicherheitsausstattung**

Änderungsantrag Nr. 19, Fraktion der CDU

Ansatz 2018 13 000 Euro	+ 200 000 Euro
Ansatz 2019 13 000 Euro	+ 200 000 Euro

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag abzulehnen.

Titel 51715 – Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements –
**Titel 51820 – Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Ver-
pflichtungen aus dem Facility Management –**

Frage Nr. 194, Fraktion der CDU, Bericht Seite 242

Keine Wortmeldungen.

Titel 51925 – Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements

Frage Nr. 195, Fraktion der CDU, Bericht Seite 243

Keine Wortmeldungen.

Änderungsantrag Nr. 57 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2018	1 380 000 Euro	-30 000 Euro
Ansatz 2019	1 380 000 Euro	-20 000 Euro

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Titel 53202 – Verzinsung hinterlegter Gelder –

Frage Nr. 196, Fraktion der CDU, Bericht Seite 244

Keine Wortmeldungen.

Änderungsantrag Nr. 58 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2018	50 000 Euro	-30 000 Euro
Ansatz 2019	50 000 Euro	-30 000 Euro

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Kapitel 0631 – Amtsgericht Wedding

Titel (neu) Sicherheitsausrüstung für Justizwachtmeister

Änderungsantrag Nr. 26, Fraktion der FDP

Ansatz 2018 Etatisierung	nicht erfolgt	+ 50 000 Euro
--------------------------	---------------	---------------

a) Begründung zum Änderungsantrag

Die steigende Gefahrenlage und die Erhöhung der Anzahl der Gerichtsverfahren führt dazu, dass es unabdingbar ist allen Justizwachtmeistern entsprechende Sicherheitsausrüstung zur Verfügung zu stellen. Pro „Justizwachtmeister“ werden hierbei pauschal 2 500 Euro veranschlagt. Der Erwerb soll im Jahr 2018 erfolgen.

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag abzulehnen.

**Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten –
Sicherungszulage Justizwachtmeisterdienst; Gerichtsvollzieher**

Änderungsantrag Nr. 29, Fraktion der CDU

Ansatz 2018	6 749 000 Euro	+ 78 000 Euro
Ansatz 2019	6 986 000 Euro	+ 79 375 Euro

b)
Gewährung der Sicherungszulage für alle Justizwachtmeister; Schaffung einer zusätzlichen Gerichtsvollzieherstelle (A8)

gegenfinanziert über Änderungsantrag Nr. 33 und 34

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag abzulehnen.

Titel 42202 – Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen –

Frage Nr. 197, Fraktion der CDU, Bericht Seite 245

Keine Wortmeldungen.

Titel 51101 – Geschäftsbedarf –

Änderungsantrag Nr. 59 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2018: 290 000 Euro	-15 000 Euro
Ansatz 2019: 290 000 Euro	-15 000 Euro

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

diverse Titel

Frage Nr. 198, Fraktion der CDU, Bericht Seite 246

Keine Wortmeldungen.

**Kapitel 0632 – Zentrales Mahngericht Berlin-Brandenburg
Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten –**

Frage Nr. 199, Fraktion der CDU, Bericht Seite 247

Keine Wortmeldungen.

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten –

Frage Nr. 200, Fraktion der CDU, Bericht Seite 248

Keine Wortmeldungen.

Titel 51101 – Geschäftsbedarf –

Änderungsantrag Nr. 60 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2018: 3 000 000 Euro	-60 000 Euro
Ansatz 2019: 3 000 000 Euro	-60 000 Euro

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Titel 51140 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände –

Frage Nr. 201, Fraktion der CDU, Bericht Seite 249

Keine Wortmeldungen.

**Kapitel 0641 – Oberverwaltungsgericht Berlin–Brandenburg
Titel (neu) Sicherheitsausrüstung für Justizwachtmeister**

Änderungsantrag Nr. 27, Fraktion der FDP

Ansatz 2018 Etatisierung	nicht erfolgt	+ 10 000 Euro
--------------------------	---------------	---------------

a) Begründung zum Änderungsantrag
Die steigende Gefahrenlage und die Erhöhung der Anzahl der Gerichtsverfahren führt dazu, dass es unabdingbar ist allen Justizwachtmeistern entsprechende Sicherheitsausrüstung zur Verfügung zu stellen. Pro „Justizwachtmeister“ werden hierbei pauschal 2 500 Euro veranschlagt. Der Erwerb soll im Jahr 2018 erfolgen.

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag abzulehnen.

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten –

Frage Nr. 202, Fraktion der CDU, Bericht Seite 250

Keine Wortmeldungen.

Titel 51101 – Geschäftsbedarf –

Änderungsantrag Nr. 61 der Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ansatz 2018: 140 000 Euro	-10 000 Euro
Ansatz 2019: 140 000 Euro	-10 000 Euro

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Titel 51403 – Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen –
Titel 51802 – Mieten für Fahrzeuge –

Frage Nr. 203, Fraktion der CDU, Bericht Seite 251

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0642 – Verwaltungsgericht
Titel (neu) Sicherheitsausrüstung für Justizwachtmeister

Änderungsantrag Nr. 28, Fraktion der FDP

Ansatz 2018 Etatisierung	nicht erfolgt	+ 25 000 Euro
--------------------------	---------------	---------------

a) Begründung zum Änderungsantrag
Die steigende Gefahrenlage und die Erhöhung der Anzahl der Gerichtsverfahren führt dazu, dass es unabdingbar ist allen Justizwachtmeistern entsprechende Sicherheitsausrüstung zur Verfügung zu stellen. Pro „Justizwachtmeister“ werden hierbei pauschal 2 500 Euro veranschlagt. Der Erwerb soll im Jahr 2018 erfolgen.

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag abzulehnen.

Titel 11979 – Verschiedene Einnahmen –

Frage Nr. 204, Fraktion der CDU, Bericht Seite 252

Keine Wortmeldungen.

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten –
Titel 42202 – Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen –

Frage Nr. 205, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Bericht Seite 252 - 254

Keine Wortmeldungen.

Titel 42202 – Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen –

Änderungsantrag Nr. 5, Fraktion der CDU

Ansatz 2018	9 038 000 Euro	+ 618 700 Euro
Ansatz 2019	9 264 000 Euro	+ 634 200 Euro

b) 5 zusätzliche Richterstellen (R1) nebst Unterbau zur Bearbeitung der Asyl- und Abschiebeangelegenheiten

gegenfinanziert über Änderungsantrag Nr. 30

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag abzulehnen.

MG 31

**Titel 81289 – Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrens-
unabhängige IKT –**

Frage Nr. 206, Fraktion der CDU, Bericht Seite 255

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0651 – Sozialgericht

Titel (neu) Sicherheitsausrüstung für Justizwachtmeister

Änderungsantrag Nr. 29, Fraktion der FDP

Ansatz 2018 Etatisierung	nicht erfolgt	+ 57 500 Euro
--------------------------	---------------	---------------

a) Begründung zum Änderungsantrag
Die steigende Gefahrenlage und die Erhöhung der Anzahl der Gerichtsverfahren führt dazu, dass es unabdingbar ist allen Justizwachtmeistern entsprechende Sicherheitsausrüstung zur Verfügung zu stellen. Pro „Justizwachtmeister“ werden hierbei pauschal 2 500 Euro veranschlagt. Der Erwerb soll im Jahr 2018 erfolgen.

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag abzulehnen.

Titel 42202 – Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen –

Änderungsantrag Nr. 6, Fraktion der CDU

Ansatz 2018	9 525 000 Euro	+ 97 400 Euro
Ansatz 2019	9 763 000 Euro	+ 99 990 Euro

b)
Schaffung einer zusätzlichen Richterstelle (R1)

gegenfinanziert über Änderungsantrag Nr. 30

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag abzulehnen.

MG 31

Titel 51160 – Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT –

Frage Nr. 207, Fraktion der CDU, Bericht Seite 256

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0661 – Justizvollzugsanstalt Plötzensee

Titel (neu) Anschaffung eines Körperscanners für die Justizvollzugsanstalt Plötzensee

Änderungsantrag Nr. 1, Fraktion der FDP

Ansatz 2018	Etatisierung	nicht erfolgt	+ 200 000 Euro
-------------	--------------	---------------	----------------

a) Begründung zum Änderungsantrag
Um die notwendige Sicherheit und Ordnung für die Gefangenen und das Justizvollzugspersonal in den Justizvollzugsanstalten sicherzustellen, ist es notwendig sich (im gesetzlichen Rahmen) des Hilfsmittels der Körperscanner zu bedienen. Hierdurch wird es zur weiteren Minimierung der „Einfuhr“ von verbotenen Gegenständen in die Justizvollzugsanstalten kommen, die mit den bisher eingesetzten „Überprüfungsmitteln“ nicht erreicht werden kann.

b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)
Es wird ein Körperscanner für die Justizvollzugsanstalt Plötzensee angeschafft. Die Kosten hierfür (Anschaffung und Installation) belaufen sich auf 200 000 Euro.

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag abzulehnen.

diverse Kapitel
diverse Titel
Anwärtersonderzuschläge

Frage Nr. 208, Fraktion der CDU, Bericht Seite 257

Keine Wortmeldungen.

diverse Kapitel
diverse Titel
Abschiebegewahrsam

Frage Nr. 209, Fraktion der CDU, Bericht Seite

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0661 – Justizvollzugsanstalt Plötzensee
Kapitel 0666 – Justizvollzugsanstalt Moabit
Titel 12505 – Entgelte aus der Beschäftigung von Gefangenen –

Frage Nr. 210, Fraktion der CDU, Bericht Seite 259 - 260

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0661 – Justizvollzugsanstalt Plötzensee
Kapitel 0663 – Justizvollzugsanstalt für Frauen
Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten –

Frage Nr. 211, Fraktion der CDU, Bericht Seite 261 - 262

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0661 – Justizvollzugsanstalt Plötzensee
Kapitel 0663 – Justizvollzugsanstalt für Frauen
Kapitel 0666 – Justizvollzugsanstalt Moabit
Titel 42221 – Bezüge der Anwärter/innen –

Frage Nr. 212, Fraktion der CDU, Bericht Seite 263 - 264

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0661 – Justizvollzugsanstalt Plötzensee
diverse
Titel 42701 – Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter –

Frage Nr. 213, Fraktion der CDU, Bericht Seite 265 -266

Keine Wortmeldungen.

**Kapitel 0661 – Justizvollzugsanstalt Plötzensee bis
Kapitel 0691 – Soziale Dienste der Justiz – Gerichtshilfe und Bewährungshilfe –
Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten –**

Frage Nr. 214, Fraktion der CDU, Bericht Seite 267

Keine Wortmeldungen.

**Kapitel 0661 – Justizvollzugsanstalt Plötzensee bis
Kapitel 0691 – Soziale Dienste der Justiz – Gerichtshilfe und Bewährungshilfe –
Titel 44379 – Sonstige Fürsorgeleistungen für Dienstkräfte –**

Frage Nr. 215, Fraktion der CDU, Bericht Seite 268

Keine Wortmeldungen.

**Kapitel 0661 – Justizvollzugsanstalt Plötzensee
Titel 51101 – Geschäftsbedarf –**

Frage Nr. 216, Fraktion der CDU, Bericht Seite 269

Keine Wortmeldungen.

Titel 51101 – Geschäftsbedarf –

Frage Nr. 217, Fraktion der FDP, Bericht Seite 270

Keine Wortmeldungen.

**Kapitel 0661 – Justizvollzugsanstalt Plötzensee bis
Kapitel 0691 – Soziale Dienste der Justiz – Gerichtshilfe und Bewährungshilfe –
Titel 51140 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände –**

Frage Nr. 218, Fraktion der CDU, Bericht Seite 271 - 272

Keine Wortmeldungen.

**Kapitel 0661 – Justizvollzugsanstalt Plötzensee
Titel 51408 – Dienst- und Schutzkleidung –**

Frage Nr. 219, Fraktion der CDU, Bericht Seite 273

Keine Wortmeldungen.

**Titel 51408 – Dienst- und Schutzkleidung –
Titel 51140 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände –
Sicherheitsausstattung**

Änderungsantrag Nr. 9, Fraktion der CDU

Ansatz 2018 Titel 51408	130 000 Euro	+ 5 000 Euro
Ansatz 2019 Titel 51408	130 000 Euro	+ 5 000 Euro
Ansatz 2018 Titel 51140	179 000 Euro	+ 5 000 Euro
Ansatz 2019 Titel 51140	179 000 Euro	+ 5 000 Euro

b)

Verwendung für Dienst- und Schutzkleidung AVD und Waffen- und Sicherheitsaus-
rüstung

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag zu beiden Titeln abzulehnen.

Keine Wortmeldungen.

Titel 51420 – Beköstigung –

Frage Nr. 220, Fraktion der AfD, Bericht Seite 274

Keine Wortmeldungen.

Titel 51426 – Verbrauchsmittel für medizinische Zwecke –

Frage Nr. 221, Fraktion der CDU, Bericht Seite 275

Keine Wortmeldungen.

Frage Nr. 222, Fraktion der AfD, Bericht Seite 276

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0661 – Justizvollzugsanstalt Plötzensee

Kapitel 0671 – Jugendarrestanstalt

Titel 51715 – Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements –

Frage Nr. 223, Fraktion der CDU, Bericht Seite 277

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0661 – Justizvollzugsanstalt Plötzensee

Titel 51820 – Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management –

Titel 51925 – Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements

Frage Nr. 224, Fraktion der CDU, Bericht Seite 278

Keine Wortmeldungen.

Titel 52501 – Aus- und Fortbildung –

Frage Nr. 225, Fraktion der CDU, Bericht Seite 279

Keine Wortmeldungen.

Titel 53113 – Werbung im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit –

Frage Nr. 226, Fraktion der CDU, Bericht Seite 280

Keine Wortmeldungen.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Frage Nr. 227, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Bericht Seite 281

Keine Wortmeldungen.

Frage Nr. 228, Fraktion der CDU, Bericht Seite 282 - 285

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0661 – Justizvollzugsanstalt Plötzensee bis

Kapitel 0691 – Soziale Dienste der Justiz – Gerichtshilfe und Bewährungshilfe –

Titel 54039 – Haltung von Tieren –

Frage Nr. 229, Fraktion der CDU, Bericht Seite 229

Keine Wortmeldungen.

Titel 54039 – Haltung von Tieren –

Änderungsantrag Nr. 17, Fraktion der CDU

Ansatz 2018	1 000 Euro	+ 16 000 Euro
Ansatz 2019	1 000 Euro	+ 16 000 Euro

- b)
Drogenspürhunde für die Haftraumkontrollen
gegenfinanziert über Änderungsantrag Nr. 30

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag abzulehnen.

Titel 81179 – Fahrzeuge –
Titel 81180 – Gefangenentransportfahrzeug –

Frage Nr. 230, Fraktion der CDU, Bericht Seite 287

Keine Wortmeldungen.

Titel 81211 – Ausstattung für Wäscherei –

Frage Nr. 231, Fraktion der CDU, Bericht Seite 288

Keine Wortmeldungen.

Titel 81279 – Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen –

Frage Nr. 232, Fraktion der CDU, Bericht Seite 289

Keine Wortmeldungen.

MG 31

Titel 51160 – Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT –

Frage Nr. 233, Fraktion der CDU, Bericht Seite 290

Keine Wortmeldungen.

MG 31

**Titel 81289 – Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrens-
unabhängige IKT –**

Frage Nr. 234, Fraktion der CDU, Bericht Seite 291

Keine Wortmeldungen.

MG 32

Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT –

Frage Nr. 235, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke, 292 - 293
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Bericht Seite

Keine Wortmeldungen.

MG 31

Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT –

Frage Nr. 236, Fraktion der CDU, Bericht Seite 292 - 293

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0663 – Justizvollzugsanstalt für Frauen

Titel neu – Anschaffung eines Körperscanners für die Justizvollzugsanstalt für Frauen

Änderungsantrag Nr. 2, Fraktion der FDP

Ansatz 2018 Etatisierung nicht erfolgt + 200 000 Euro

a) Begründung zum Änderungsantrag

Um die notwendige Sicherheit und Ordnung für die Gefangenen und das Justizvollzugspersonal in den Justizvollzugsanstalten sicherzustellen, ist es notwendig sich (im gesetzlichen Rahmen) des Hilfsmittels der Körperscanner zu bedienen. Hierdurch wird es zur weiteren Minimierung der „Einfuhr“ von verbotenen Gegenständen in die Justizvollzugsanstalten kommen, die mit den bisher eingesetzten „Überprüfungsmitteln“ nicht erreicht werden kann.

b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)

Es wird ein Körperscanner für die Justizvollzugsanstalt für Frauen angeschafft. Die Kosten hierfür (Anschaffung und Installation) belaufen sich auf 200 000 Euro.

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag abzulehnen.

Titel 51101 – Geschäftsbedarf –

Frage Nr. 237, Fraktion der FDP, Bericht Seite 294

Keine Wortmeldungen.

Titel 51408 – Dienst- und Schutzkleidung –
Titel 51140 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände –

Änderungsantrag Nr. 10 , Fraktion der CDU

Ansatz 2018 Titel 51408	1 000 Euro	+ 2 000 Euro
Ansatz 2019 Titel 51408	1 000 Euro	+ 2 000 Euro
Ansatz 2018 Titel 51140	20 500 Euro	+ 1 000 Euro
Ansatz 2019 Titel 51140	20 500 Euro	+ 1 000 Euro

b)

Verwendung für Dienst- und Schutzkleidung AVD und Waffen- und Sicherheitsausrüstung

gegenfinanziert über Änderungsantrag Nr. 30

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag zu beiden Titeln abzulehnen.

Titel 51715 – Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements –
Titel 51820 – Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management –
Titel 51925 – Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements

Frage Nr. 238, Fraktion der CDU, Bericht Seite 295

Keine Wortmeldungen.

Titel 52501 – Aus- und Fortbildung –

Frage Nr. 239, Fraktion der CDU, Bericht Seite 296 - 297

Keine Wortmeldungen.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Frage Nr. 240, Fraktion der CDU, Bericht Seite 298 - 299

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0664 – Justizvollzugsanstalt des Offenen Vollzuges Berlin
diverse Titel

Frage Nr. 241, Fraktion der CDU, Bericht Seite 300

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0664 – Justizvollzugsanstalt des Offenen Vollzuges Berlin
Kapitel 0669 – Jugendstrafanstalt
Titel 42701 – Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter –

Frage Nr. 242, Fraktion der CDU, Bericht Seite 301

Keine Wortmeldungen.

Titel 51101 – Geschäftsbedarf –

Frage Nr. 243, Fraktion der FDP, Bericht Seite 302

Keine Wortmeldungen.

Titel 51408 – Dienst- und Schutzkleidung –
Titel 51140 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände –

Änderungsantrag Nr. 11, Fraktion der CDU

Ansatz 2018 Titel 51408	1 500 Euro	+ 2 000 Euro
Ansatz 2019 Titel 51408	1 500 Euro	+ 2 000 Euro
Ansatz 2018 Titel 51140	32 800 Euro	+ 4 000 Euro
Ansatz 2019 Titel 51140	32 800 Euro	+ 4 000 Euro

b) Verwendung für Dienst- und Schutzkleidung AVD und Waffen- und Sicherheitsausrüstung

gegenfinanziert über Änderungsantrag Nr. 30

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag zu beiden Titeln abzulehnen.

Titel 51820 – Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management –
Titel 51925 – Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements

Frage Nr. 244, Fraktion der CDU, Bericht Seite 303

Keine Wortmeldungen.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Frage Nr. 245, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Bericht Seite 304 - 308

Keine Wortmeldungen.

Frage Nr. 246, Fraktion der CDU, Bericht Seite 309 - 311

Keine Wortmeldungen.

Titel 81179 – Fahrzeuge –

Frage Nr. 247, Fraktion der CDU, Bericht Seite 312

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0666 – Justizvollzugsanstalt Moabit

Titel neu – Anschaffung eines Körperscanners für die Justizvollzugsanstalt Moabit

Änderungsantrag Nr. 3, Fraktion der FDP

Ansatz 2018 Etatisierung nicht erfolgt + 200 000 Euro

a) Begründung zum Änderungsantrag

Um die notwendige Sicherheit und Ordnung für die Gefangenen und das Justizvollzugspersonal in den Justizvollzugsanstalten sicherzustellen, ist es notwendig sich (im gesetzlichen Rahmen) des Hilfsmittels der Körperscanner zu bedienen. Hierdurch wird es zur weiteren Minimierung der „Einfuhr“ von verbotenen Gegenständen in die Justizvollzugsanstalten kommen, die mit den bisher eingesetzten „Überprüfungsmitteln“ nicht erreicht werden kann.

b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)

Es wird ein Körperscanner für die Justizvollzugsanstalt Moabit angeschafft. Die Kosten hierfür (Anschaffung und Installation) belaufen sich auf 200 000 Euro.

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag abzulehnen.

Titel 42221 – Bezüge der Anwärter/innen –

Frage Nr. 248, Fraktion der CDU, Bericht Seite 313

Keine Wortmeldungen.

Titel 42701 – Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter –

Frage Nr. 249, Fraktion der CDU, Bericht Seite 314

Keine Wortmeldungen.

Titel 51101 – Geschäftsbedarf –

Frage Nr. 250, Fraktion der FDP, Bericht Seite 315

Keine Wortmeldungen.

Titel 51408 – Dienst- und Schutzkleidung –

Titel 51140 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände –

Änderungsantrag Nr. 12, Fraktion der CDU

Ansatz 2018 Titel 51408	6 000 Euro	+ 6 000 Euro
Ansatz 2019 Titel 51408	6 000 Euro	+ 6 000 Euro
Ansatz 2018 Titel 51140	69 200 Euro	+ 10 000 Euro
Ansatz 2019 Titel 51140	69 200 Euro	+ 10 000 Euro

b)

Verwendung für Dienst- und Schutzkleidung AVD und Waffen- und Sicherheitsausrüstung

gegenfinanziert über Änderungsantrag Nr. 30

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag zu beiden Titeln abzulehnen.

Kapitel 0666 – Justizvollzugsanstalt Moabit

diverse Kapitel

Titel 51420 – Beköstigung –

Frage Nr. 251, Fraktion der CDU, Bericht Seite 316

Keine Wortmeldungen.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Frage Nr. 252, Fraktion der CDU, Bericht Seite 317 - 318

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0668 – Justizvollzugsanstalt Tegel

Titel neu – Anschaffung eines Köperscanners für die Justizvollzugsanstalt Tegel

Änderungsantrag Nr. 4, Fraktion der FDP

Ansatz 2018	Etatisierung nicht erfolgt	+ 200 000 Euro
-------------	----------------------------	----------------

a) Begründung zum Änderungsantrag

Um die notwendige Sicherheit und Ordnung für die Gefangenen und das Justizvollzugspersonal in den Justizvollzugsanstalten sicherzustellen, ist es notwendig sich (im gesetzlichen Rahmen) des Hilfsmittels der Körperscanner zu bedienen. Hierdurch wird es zur weiteren Minimierung der „Einfuhr“ von verbotenen Gegenständen in die Justizvollzugsanstalten kommen, die mit den bisher eingesetzten „Überprüfungsmitteln“ nicht erreicht werden kann.

b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)

Es wird ein Körperscanner für die Justizvollzugsanstalt Moabit angeschafft. Die Kosten hierfür (Anschaffung und Installation) belaufen sich auf 200 000 Euro.

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag abzulehnen.

Titel 12505 – Entgelte aus der Beschäftigung von Gefangenen –

Frage Nr. 253, Fraktion der FDP, Bericht Seite 319

Keine Wortmeldungen.

Titel 51101 – Geschäftsbedarf –

Frage Nr. 254, Fraktion der FDP, Bericht Seite 320

Keine Wortmeldungen.

Titel 51408 – Dienst- und Schutzkleidung –

Titel 51140 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände –

Änderungsantrag Nr. 13, Fraktion der CDU

Ansatz 2018 Titel 51408	10 000 Euro	+ 10 000 Euro
Ansatz 2019 Titel 51408	10 000 Euro	+ 10 000 Euro

Ansatz 2018 Titel 51140	363 000 Euro	+ 20 000 Euro
Ansatz 2019 Titel 51140	363 000 Euro	+ 20 000 Euro

b)

Verwendung für Dienst- und Schutzkleidung AVD und Waffen- und Sicherheitsausrüstung

gegenfinanziert über Änderungsantrag Nr. 30

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag zu beiden Titeln abzulehnen.

Titel 54002 – Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung) –

Frage Nr. 255, Fraktion der FDP, Bericht Seite 321 - 322

Keine Wortmeldungen.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Frage Nr. 256, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Bericht Seite 323 - 325

Keine Wortmeldungen.

Frage Nr.257, Fraktion der CDU, Bericht Seite 326

Keine Wortmeldungen.

Titel 81279 – Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen –

Frage Nr. 258, Fraktion der CDU, Bericht Seite 327

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0669 – Jugendstrafanstalt

Titel neu – Anschaffung eines Körperscanners für die Justizvollzugsanstalt Tegel

Änderungsantrag Nr. 5, Fraktion der FDP

Ansatz 2018 Etatisierung nicht erfolgt + 200 000 Euro

a) Begründung zum Änderungsantrag

Um die notwendige Sicherheit und Ordnung für die Gefangenen und das Justizvollzugspersonal in den Justizvollzugsanstalten sicherzustellen, ist es notwendig sich (im gesetzlichen Rahmen) des Hilfsmittels der Körperscanner zu bedienen. Hierdurch wird es zur weiteren Minimierung der „Einfuhr“ von verbotenen Gegenständen in die Justizvollzugsanstalten kommen, die mit den bisher eingesetzten „Überprüfungsmitteln“ nicht erreicht werden kann.

b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)

Es wird ein Körperscanner für die Justizvollzugsanstalt Moabit angeschafft. Die Kosten hierfür (Anschaffung und Installation) belaufen sich auf 200 000 Euro.

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag abzulehnen.

Titel 42701 – Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter –

Frage Nr. 259, Fraktion der CDU, Bericht Seite 328

Keine Wortmeldungen.

Frage Nr. 260, Fraktion der AfD, Bericht Seite 329

Keine Wortmeldungen.

Titel 51101 – Geschäftsbedarf –

Frage Nr. 261, Fraktion der FDP, Bericht Seite 220

Keine Wortmeldungen.

Titel 51131 – Bekleidung, Wäsche –

Frage Nr. 262, Fraktion der CDU, Bericht Seite 331

Keine Wortmeldungen.

Titel 51408 – Dienst- und Schutzkleidung –

Titel 51140 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände –

Änderungsantrag Nr. 14, Fraktion der CDU

Ansatz 2018 Titel 51408	5 000 Euro	+ 5 000 Euro
Ansatz 2019 Titel 51408	5 000 Euro	+ 5 000 Euro
Ansatz 2018 Titel 51140	60 000 Euro	+ 5 000 Euro
Ansatz 2019 Titel 51140	60 000 Euro	+ 5 000 Euro

b)

Verwendung für Dienst- und Schutzkleidung AVD und Waffen- und Sicherheitsausrüstung

gegenfinanziert über Änderungsantrag Nr. 30

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag zu beiden Titeln abzulehnen.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Frage Nr. 263, Fraktion der CDU, Bericht Seite 332 - 333

Keine Wortmeldungen.

Frage Nr. 264, Fraktion der FDP, Bericht Seite 334 - 335

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0671 – Jugendarrestanstalt
Titel 51140 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände –

Änderungsantrag Nr. 15, Fraktion der CDU

Ansatz 2018	4 500 Euro	+ 2 000 Euro
Ansatz 2019	4 500 Euro	+ 2 000 Euro

b)

Verwendung für Dienst- und Schutzkleidung AVD und Waffen- und Sicherheitsausrüstung

gegenfinanziert über Änderungsantrag Nr. 30

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag abzulehnen.

Kapitel 0672 – Justizvollzugsanstalt Heidering
Titel neu – Anschaffung eines Körperscanners für die Justizvollzugsanstalt Tegel

Änderungsantrag Nr. 6, Fraktion der FDP

Ansatz 2018	Etatisierung nicht erfolgt	+ 200 000 Euro
-------------	----------------------------	----------------

a) Begründung zum Änderungsantrag

Um die notwendige Sicherheit und Ordnung für die Gefangenen und das Justizvollzugspersonal in den Justizvollzugsanstalten sicherzustellen, ist es notwendig sich (im gesetzlichen Rahmen) des Hilfsmittels der Körperscanner zu bedienen. Hierdurch wird es zur weiteren Minimierung der „Einfuhr“ von verbotenen Gegenständen in die Justizvollzugsanstalten kommen, die mit den bisher eingesetzten „Überprüfungsmitteln“ nicht erreicht werden kann.

b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)

Es wird ein Körperscanner für die Justizvollzugsanstalt Moabit angeschafft. Die Kosten hierfür (Anschaffung und Installation) belaufen sich auf 200 000 Euro.

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag abzulehnen.

Titel 51408 – Dienst- und Schutzkleidung –
Titel 51140 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände –

Änderungsantrag Nr. 16, Fraktion der CDU

Ansatz 2018 Titel 51408	550 000 Euro	+ 13 000 Euro
Ansatz 2019 Titel 51408	550 000 Euro	+ 13 000 Euro
Ansatz 2018 Titel 51140	65 000 Euro	+ 14 000 Euro
Ansatz 2019 Titel 51140	65 000 Euro	+ 14 000 Euro

b)

Verwendung für Dienst- und Schutzkleidung AVD und Waffen- und Sicherheitsausrüstung.

gegenfinanziert über Änderungsantrag Nr. 30

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag abzulehnen.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Frage Nr. 265, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Bericht Seite 336

Keine Wortmeldungen.

Frage Nr. 266, Fraktion der CDU, Bericht Seite 337

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0691 – Soziale Dienste der Justiz – Gerichtshilfe und Bewährungshilfe –
Titel 51820 – Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management –

Frage Nr. 267, Fraktion der CDU, Bericht Seite 338

Keine Wortmeldungen.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Frage Nr. 268, Fraktion der CDU, Bericht Seite 339

Keine Wortmeldungen.

Frage Nr. 269, Fraktion der CDU, Bericht Seite 340

Keine Wortmeldungen.

Einzelplan12

Kapitel 1250 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen – Hochbau –

Titel 70128 – Neubau einer Anstalt des geschlossenen Männervollzuges –

Frage Nr. 1, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Bericht Seite 341

Keine Wortmeldungen.

Titel 70170 – Jugendstrafanstalt Berlin, Pilotprojekt für ein Mobilfunkunterdrückersystem –

Frage Nr. 2, Fraktion der CDU, Bericht Seite 342 - 344

Keine Wortmeldungen.

Titel 70170 – Jugendstrafanstalt Berlin, Pilotprojekt für ein Mobilfunkunterdrückersystem –

Titel 70174 – Jugendstrafanstalt Berlin und Justizvollzugsanstalt Moabit, Mobilfunkunterdrückung in der Untersuchungshaft –

Frage neu, Fraktion der FDP, Bericht Seite 342 - 348

Keine Wortmeldungen.

Titel 70174 – Jugendstrafanstalt Berlin und Justizvollzugsanstalt Moabit, Mobilfunkunterdrückung in der Untersuchungshaft –

Frage Nr. 3, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Bericht Seite 345 - 348

Keine Wortmeldungen.

Frage Nr. 4, Fraktion der CDU, Bericht Seite 345 - 348

Keine Wortmeldungen.

Änderungsantrag Nr. 8, Fraktion der CDU

Ansatz 2018	1 000 000 Euro	+/- 0 Euro
Ansatz 2019	5 000 Euro	+ 1 000 000 Euro

hilfsweise Verpflichtungsermächtigung

VE 2018
VE 2019 1 000 000 Euro

a)
Erweiterung der Maßnahme für weitere Teilanstalten und Anpassung an den aktuellen Stand der Technik

gegenfinanziert über Änderungsantrag Nr. 30

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag abzulehnen.

Titel 70176 – JVA Tegel, Teilanstalt I, Schaffung verfassungsgemäßer und rechtskonformer Unterbringungsmöglichkeiten für Gefangene im geschlossenen Männervollzug, 1. Bauabschnitt –

Frage Nr. 5, Fraktion der CDU, Bericht Seite 349

Keine Wortmeldungen.

Titel 70178 – JVA Plötzensee, Schaffung einer unmittelbaren baulichen Verbindung zwischen den Liegenschaften JVA Charlottenburg und JVA Plötzensee –

Frage Nr. 6, Fraktion der CDU, Bericht Seite 350

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** stellt die Erledigung der beschlossenen Berichtsaufträge fest. Sodann wird beschlossen, dem Einzelplan 06 sowie dem Einzelplan 12, Kapitel 1250 hinsichtlich der den Justizbereich betreffenden Titel mit den zuvor beschlossenen Änderungen zuzustimmen. Es ergeht eine entsprechende Stellungnahme an den Hauptausschuss.

Punkt 4 der Tagesordnung

Verschiedenes

Senator Dr. Dirk Behrendt (SenJustVA) berichtet zu dem Schusswaffeneinsatz am Montag auf dem Gelände der Charité durch seine Mitarbeiter, dass es sich dabei um einen Fluchtversuch gehandelt habe, der mit einem Warnschuss in die Luft gestoppt worden sei. Es sei niemand verletzt worden. Der Gefangene sei wieder sicher verwahrt.

Weiteres siehe Beschlussprotokoll.